



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Hakenkreuzbanner. 1931-1945 1 (1931)

46 (19.8.1931)

[urn:nbn:de:bsz:mh40-253221](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-253221)

Städt. Amtsdruckerei
Eing. 19 AUG. 1931

SOZIALFREIE BLÄTTER

Herausgeber: Carl Lenz, M. d. R.

Die N.S. Zeitung Nordwestbadens

Zur Kostel der Lieferung infolge höherer Gewalt, politischem Verbot, Zensurabsetzung, Druck u. s. w. besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Nachlieferung. Xanten 31115

Der schlimmste Notwinter vor der Tür!

Burgfriedensgeflüster — Wer sind die Katastrophenpolitiker — Ein Spiel ohne Wit Baseler Stillhalte-Lederle

In den letzten Tagen mauschte die Journaille wieder einmal von einer Regierungserweiterung und von der Zusammenfassung aller aufbauwilligen Kräfte. Mit Zuckerbrot und Peitsche hat man nach links und nach rechts gearbeitet. Der sozialdemokratische Außenminister hat im „Vorwärts“ Herrn Brüning ein Kolleg gehalten und den bekannten sozialdemokratischen Wauwau auf ihn geheut. Er versuchte dem Zentrumskanzler klar zu machen, daß er im Falle einer Regierungserweiterung nach rechts auf die Sozialdemokratie verzichten müsse. Brüning stellte dabei hauptsächlich auf die Deutschnationalen ab. Man kann sich eines mitleidigen Lächelns nicht erwehren ob dieser Angstträume des Herrn Brüning. Wir sind aber menschenfreundlich genug, der Sozialdemokratie ihre Beklemmungen zu verzeihen.

In der Spielerei der Presse gestirbt das Wortchen „Burgfrieden“ durch die Spalten. Diese Burgfriedenskomodie sollte natürlich nur dem Zweck dienen, der nationalen Opposition die Schlagkraft zu rauben und dem sozialistisch orientierten Reichskabinett das Rückgrat zu steifen. Auf diesen Leim zu kriechen hatte selbst Hugenberg keine Veranlassung. Auch an Lockungen für uns Nationalsozialisten hat es nicht gefehlt. Unsere ablehnende Haltung zu diesem Burgfriedensgeflüster ist den Herrschenden dezent unsanft in die Knochen gefahren, daß sie bald resigniert ihre zahlreich gelegten Kränze einzulegen.

Wir denken gar nicht daran, uns mit der Front der auch nationalen Parteien vermanschen zu lassen.

Nach dem katastrophalen Versagen dieser absterbenden Parteigeilde beim preußischen Volksentscheid haben wir erst recht keine Veranlassung, ihnen auf ihre wackeligen Beinen zu helfen.

Herr Brüning mußte genau, warum er in seiner Verfassungsspreche von der „Einbeziehung aller aufbaufähigen und eingliederungsbereiten Kräfte zur Ueberwindung der Not und Gefahren dieser Tage“ sprach. Er ist bei der Sitzung der vereinigten Ausschüsse des Reichsrates deutlich geworden, als er der Auffassung Ausdruck verlieh, daß

der Tiefstand der Krise noch nicht erreicht

ist. Diese Feststellung pfeifen in Deutschland nachgerade die Späßen schon von den Dächern. Viel wichtiger zu wissen ist die Ursache der Krise und wie sie behoben werden kann.

Wir warten noch immer darauf, bis einmal jemand den Mut aufbringt, der vor das Volk tritt und erklärt: Unsere Politik in den letzten 12 Jahren ist falsch und irrig gewesen, sie ging von falschen und trügerischen Voraussetzungen aus. Wir wissen keinen Ausweg mehr und räumen deshalb der nationalen Opposition das Feld, die stets betont, daß sie es besser machen kann und will.

Wie gesagt, wir warten noch immer darauf. Soweit wir die Verhältnisse und die Verantwortlichen zu beurteilen vermögen, werden wir noch lange auf dieses Eingeständnis und damit auf die zwangsläufigen Folgerungen warten können. Vorläufig wettert man noch lustig auf uns Nationalsozialisten los und behauptet mit kühner Frechheit, daß wir die Katastrophe wollen. Wir und mit uns jeder Einsichtige wissen genau,

daß wir die Katastrophe gar nicht zu wollen brauchen, denn die haben die „aufbaufähigen und eingliederungsbereiten Kräfte“ durch ihre Unfähigkeit bereits herbeigeführt.

Weil wir aber schon längst den Mut hatten, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen, deshalb wurden wir verflucht, u. r die Gerichte geschnitten und in die Gefängnisse geworfen. Weil wir die Erfolge der „aufbaufähigen“ Elemente seit Jahr und Tag voraussagen, sind wir u. r. m. t. zu politischen Narren und zu Katastrophenpolitikern gestempelt worden. Wir erlauben uns dennoch erneut zu erklären, daß nicht unsere radikale Aufklärung die Katastrophe und die Panikstimmung verursacht hat, sondern die radikale Unfähigkeit der verantwortlichen Parteien. „Katastrophenpolitik“, das ist heute noch der beliebteste Vorwurf, den man uns macht.

Alle Welt aber ist der Auffassung, daß nicht der Katastrophenpolitiker ist, der die Katastrophe verursacht, sondern der, der sie verschuldet.

Wir haben sie vorausgesehen und davon gewarnt, wir haben auch Mittel und Wege zu ihrer Behebung gewiesen; die andern aber haben sie herbeigeführt.

Die ratlosen Erfüllungsparteien wenden fortgesetzt ein, daß wir solange kein Recht der Kritik haben, als wir es nicht besser machen. Wir fragen:

Wer hat uns jemals die Pflicht auferlegt es besser zu machen? Wer hat jemals auf unsere besseren Vorschläge reagiert? Wer hat sie seit einem Jahrzehnt verachtet und niedergestimmt; eben diese Anträge, deren man sich heute entsinnt, die man jetzt der eigenen politischen Garküche verwestert einstecken läßt? Wer hat uns mit allen Schikanen den Weg dort hin versperrt, wo wir diese Mittel und Vorschläge für die Befundung unseres Volkes anwenden wollten und konnten? Wer hat uns den Weg zur Macht verriegelt?

Wenn man jetzt wieder in Angst und Ratlosigkeit die Fehler ausstreicht und nach Mitarbeit ruft, so lautet unsere Forderung zunächst, daß diejenigen, welche die Katastrophe herbeigeführt haben, verschwinden müssen, damit wir unser Volk der Not entheben können. Wir verlangen das, weil wir mit ihnen nie und nimmer paktieren.

Wir fühlen ihnen gegenüber auch keinerlei Verantwortung. Wir tragen nur dem deutschen Volke gegenüber die Verantwortung. Dieses Volk aber hat zu den Mitteln, die man heute zur Behebung der Krise anzuwenden beliebt, kein Vertrauen. Dazu ist es viel zu oft von einer Enttäuschung in die andere gejagt worden. Das Volk hat unsere Sätze zu der seinen gemacht und es ruft uns zum Vollstrecker seines Willens.

Wir sind bereit mit ihm seine Freiheit zu erringen, nicht aber mit dem System und den Männern, unter deren Führung sie verloren ging.

Herr Brüning assistierte vor wenigen Tagen anlässlich eines Interviews mit dem Chefredakteur der „Daily Mail“ den schlimmsten Winter seit 100 Jahren und ein Arbeitslosenheer von 7 Millionen.

Wir hoben vor Wochen schon die gleiche Zahl genannt und befürchteten damals, daß man uns möglicherweise deswegen verbieten würde, zumal Herr Reichsfinanzminister Dietrich in seiner Verfassungsspreche den „Wirtschaftsaufstieg“ mit den gepumpten Geldern pries. Herr Brüning meinte vor dem Reichsrat, daß man gegen etwaige Unruhen unter Anwendung der äußersten Nachmittel rücksichtslos einschreiten werde. Nun das Schicksal geht zwangsläufig seinen Weg.

Wir bezweifeln aber, daß die Opfer einer 12jährigen Illusions- und Erfüllungspolitik des Zentrums und der Sozialdemokratie mit Maschinenengewehren und sonstigen Gemalmsmitteln vermindert werden können.

Betrachten wir die katastrophale Lage der Gemeinden mit ihren Kleinstbesitzten, so wird uns klar, daß wir wieder einmal vor Notverordnungen stehen. Die Kürzung aller Löhne und Gehälter der Kommunalbeamten unter gleichzeitiger gewaltiger Drofflung der kulturellen Ausgaben und die Erhöhung der Verkehrssteuern sind gemäß den derzeitigen politischen Rezepten unausweichlich. Wir sagen schon heute, daß dies keine Lösung ist, abgesehen davon, daß es

allerhöchste Zeit ist, die Mammuthäcker der Herren Oberbürgermeister und sonstiger unverantwortlich hoch bezahlter Kommunalbeamten radikal herabzusetzen.

Man bezahle sie doch nach ihren Leistungen. Wir sind überzeugt davon, daß eine große Anzahl dabei noch drauß liegen müßte. Wenn man in einer Zeit wirtschaftlicher Depressionen durch Tarifserhöhungen neue Einnahme-Quellen erschließen könnte, dann wäre Politik die einfachste Sache der Welt. Doch nach diesem Schema wird bei uns schon über ein Jahrzehnt Politik gemimt.

Das Spiel um Canal hat wieder einmal bewiesen, wie die Franzosen mit halbwegsollen Sprüchen gewolft, von der deutsch-französischen Verständigungspolitik toll gemachte Menschen und Zeitungen an der Nase herumzuführen verstanden. Im Auswärtigen Amt in Berlin jählt man sich an den Knöpfen ab, ob die Herren Canal und Briand im August kommen, ob sie ihren Besuch bis nach der Gensfer Abrüstungskonferenz verschieben, oder ob sie überhaupt nicht kommen. Am Rande bemerkt, entbehrt dieses Spiel jeglichen Wertes, Herr Briand hat die französischen Lächer auf seiner Seite. Er ist so rechtzeitig „krank“ geworden, daß aus seiner „Unpäßlichkeit“ für Frankreich bei der Abrüstungskonferenz Vorteile herauspringen werden. Leibärzte greifen eben auch dann und wann mal in das politische Geschehen ein — natürlich in Frankreich. Bei uns kennt man nur politische negative Krankheiten. Es gibt eben Politiker, denen wächst für ihr Land auf der flachen Hand Korn und es gibt solche, denen es dauernd in die Finger

Den Beweis — wenn es überhaupt eines solchen noch bedürfte — liefert wieder einmal das vereinigte Stillhalte-Komitee in Basel, das soeben tagte und festgestellt hat, daß Deutschlands kurzfristige Verschuldung sich auf 7 Milliarden dem Ausland gegenüber beläuft. Das ist eine erschreckende Wirtschaftsverfälschung. Dieses Komitee wurde auf Wunsch der vor 3 Wochen in London tagenden Sieben-Mächte-Konferenz zusammengerufen, um darüber zu entscheiden, welche Kredite Deutschland gewährt werden können und in wie weit unsere Forderungen nach Gewährung weiterer Kredite berücksichtigt werden könnten. In das Geschehen und den Optimismus, mit denen man diese Verhandlungen wieder einmal als erfolgreichen Schritt ankündigte und über den grünen Klee lobte, ist der obligate Wermutstropfen geträufelt. Es sind die allgerühmten Schwierigkeiten entstanden, da wie immer die unannehmbaren Bedingungen als eiserner Bestandteil aller Verhandlungen aufgetaucht sind. Man fordert nämlich in Basel neben der Einbeziehung der Banken für die Garantierung der Verlängerung der Kredite — neue Kredite gibt es nicht — auch die Garantie der deutschen Industrie. Bezüglich der Verlängerung der ausländischen Markguthaben konnte ebenfalls keine Einigung erzielt werden. In Berlin hofft man dennoch auf Einigung. Es ist doch etwas Schönes an dieses unsterbliche Hoffen, da wie immer verfehlt, selbst aus Distein Honig zu lutschen. Diesmal zum guten Gedächtnis der Baseler Stillhalte-Lederle, die uns jetzt wieder ein halbes Jahr durchtreten, vorausgesetzt, daß die Zentralbanken von Frankreich, England und Amerika damit einverstanden sind.

NS-Stuttgart sendet:

Zwei-Monatsplan eben beendet — 1532 Neuaufnahmen — über 2000 Neuabonnenten für den „NS-Kurier“, die nationalsozialistische Tageszeitung Stuttgarts — mehrere Hundert neue SA-Männer — 10 neue Stützpunkte und Ortsgruppen!

NS-Bezieh Mannheim gelobt:

Stuttgart wird es gleich gelan. Alle Kräfte frei für den Zwei-Monatsplan!

... 135. —
... von bleiben-
... Wert, Kapo-
... lichen, Edel-
... Matrassen
... (einfrei)
... Tongues,
... Liegeofen
... Sessel zu sehr
... Preisen,
... solide zu-
... Tige Der-
... in eigener
... stätte nur bei
... abach
... bedrückt;
... den.
... Sie sich ein be-
... fähig
... schlaf-
... mer
... en, so finden Sie
... ei und. — Wir
... haben ein hoch-
... Schlafzimmer,
... baum m. faul.
... ol. breit. Streifen
... 1 breitläufig
... 2 m breit, mit
... Türen, 1 Kol-
... Nachttische, 2
... en f. n. M 720
... ausen. — Das
... immer ist von
... rma. Ne nur
... schmelz liefer-
... en Sie swang-
... r Lager Durch-
... s. 8 — 7 geöffnet.
... Verlagsgrup- v.
... Verlagsred. R. L. S.
... U. 1
... Jungl. Haus
... J. Scheuber
... im Phobobaus
... W. REIMANN
... U 4, 3
... ihre Photoarb.
... en Fachleuten
... alligste Preise.
... lüftungsbelt.
... Farben
... artikel
... liffsartikel
... Hermann
... eim G 7, 17
... von 326 73
... uhe
... aus Schütz
... einheim
... edenatzeiler
... Hermann
... einheimersstraße 7
... r Ort in guter
... frische Bröckchen.
... Käufer
... er sofort ge-
... eintritt sofort
... U 6, 24

Etwas über Geld, die J. G. Farbenindustrie, das Groß- und Pfalzwerk und was damit zusammenhängt

Geld sind Sachen, die im Verkehr als übliche Zahlungsmittel (Vermittler beim Tausche irgendwelcher Güter) betrachtet zu werden, in Höhe ihres Nennwertes rechtlich als Zwangskurs verkehren ist.

Das Recht, Geld zu machen, steht einzig und allein dem Staate zu (Finanzhoheit); auf Grund von ihm aufgestellter Normen kann der Staat dieses Recht an andere (Notenbanken) übertragen.

Staatsgeld sind solche Sachen, denen die Eigenschaft, im Verkehr als übliche Zahlungsmittel angenommen und betrachtet zu werden, in Höhe ihres Nennwertes rechtlich als Zwangskurs verkehren ist.

Im Deutschen Reiche ist Staatsgeld die Reichsmark. Die Reichsmark kann in Form von Reichsmünzen oder von Noten zur Ausgabe gelangen.

Eine Unterart der Reichsmünzen sind die Goldmünzen, für die das Münzgesetz vom 30. August 1924 bestimmt, daß aus einem Kilogramm feinen Goldes 139 1/2 Stücke über 20.— oder 270 Stücke über 10.— ausgeprägt werden.

Für die ausgegebenen und im Umlauf befindlichen Noten muß jederzeit eine Deckung vorhanden sein, die nach § 28 des Bankgesetzes vom 30. August 1924 in Höhe von

mindestens 40 % in Gold oder Devisen (Golddeckung) bestehen muß. Von dieser sogenannten „Golddeckung“ müssen wiederum drei Viertel tatsächlich aus Gold bestehen. Unter Gold ist Barrengold oder in- und ausländische Goldmünzen zu verstehen.

Der Restbetrag in Höhe von 60 % der umlaufenden Noten kann durch diskontierte Wechsel oder Schecks gedeckt werden.

Die Erfordernisse, denen diese Wechsel und Schecks genügen müssen, sind durch § 21 des Bankgesetzes festgelegt. Hiernach ist das hauptsächlichste Erfordernis, daß aus ihnen drei als zahlungsfähig bekannte Verpflichtete haften.

Diese drei Personen, physische oder juristische, werden sich wohl in den meisten Fällen zusammen finden; im Notfalle kann die Accept- und Garantiebanc einspringen.

Die restlichen 60 % der Deckung für die ausgegebenen Noten werden also von der Reichsbank jederzeit unschwer beschafft werden können. Siehe hierwegen auch unsere Ausführungen in Nr. 42, Seite 2, unseres Blattes: „Kunst-Kredit“.

Bedeutend schwieriger dagegen ist die Beschaffung der Deckung für die ersten 40 % der im Umlauf befindlichen Noten.

Summifabrik, durch Hingabe von Aktien im Buchwert von rund vier Millionen Objekte im Abbruchwerte von ca. 10 Millionen, bei ruhiger, sachgemäßer Liquidation eher mehr, erworben werden, ist vorerst für den Bestand des „Staates im Staate“ nichts zu befürchten.

Hierbei bitten wir, nicht zu vergessen, daß die Summifabrik ja nicht zum Abbruch, sondern zur Eingliederung in den J. G.-Konzern erworben wurde. Wie wir oben ausführten, erlangte die J. G. mit der Summifabrik sozusagen drei sehr wertvolle deutsche Fabrikationsmonopole.

Die Vorteile, die der J. G. aus der Transaktion erwachsen, sind also ungeheuer.

Daß durch die Transaktion allein

in Mannheim etwa 1000 Arbeiter auf die Straße

flogen, kümmert weder die Verdüsterer noch die Erwerber. Zu den Entlassungen in Mannheim kommen noch die durch die Transaktion bewilligten Entlassungen in Krefeld und in Hannover. Hierüber vielleicht ein anderes Mal.

Aus dem hohen Bankguthaben der J. G. geht hervor, daß es ihr gelang, ihr „Staatschifflein“ trotz der wirtschaftlichen Weltdepression unbeschädigt durch Scylla und Charibdis hindurchzulocken, was wohl nicht in letzter Linie darauf beruht, daß sie sich wertbeständiges Geld schaffen und bewahren kann.

Somit kommen wir denn auf den Kernpunkt unserer Ausführungen.

Das Deutsche Reich kann sich keine ausländische Holdinggesellschaft überordnen und sich so ausländische Zahlungsmittel (Devisen) verschaffen und bewahren, die es seinen auszugehenden Noten als „Golddeckung“ unterbreiten könnte.

Das Deutsche Reich kann aber, genau wie die J. G., Werke mit Monopol-Charakter, z. B. Elektrizitätswerke, selbst bauen und die so geschaffenen Werte als Deckungsgrundlage für eine nicht auf „Gold“ gestellte Währung benutzen.

Dies würde nicht einmal ein novum darstellen, denn das „Wunder“ der heute noch in geringem Umfange sich im Verkehre befindenden Rentenmark ist auch nicht auf Gold, sondern auf Grund und Boden, also auf Sachwerten, fundiert.

Velber befindet sich das Deutsche Reich hierbei im Vergleiche zu der J. G. sehr im Nachteile. Denn während die J. G. in ihren diesbezüglichen Entschlüssen vollständig frei und ungebunden ist, ist dem Deutschen Reiche dieser Weg so lange versperrt, als nicht das Bankgesetz vom 30. August 1924, das im Dawesabkommen verankert ist, aufgehoben oder abgeändert ist. Zu einer Abänderung oder Aufhebung ist aber die Zustimmung der am Dawesabkommen Beteiligten erforderlich.

Deutschland ist also nicht einmal in der Lage, für seine eigenen Bedürfnisse, also für den inländischen Zahlungsverkehr, sich einen Vermittler beim Tausche irgendwelcher Güter, also „Geld“, zu machen.

Da diese Möglichkeit nicht besteht, so fehlt Deutschland ein sehr wesentliches Moment des selbständigen Staates, nämlich die Finanzhoheit.

Hätte Deutschland seine Finanzhoheit nicht abgegeben, so könnte es sich auch noch heute, so gut wie bei Schaffung der Rentenmark (die übrigens nach dem Bankgesetze bis 1934 einzuziehen ist), eine durchaus wertbeständige Binnen-, Inland- oder National-Mark schaffen.

Diese schloße unter anderen den Vorteil in sich, daß die Reichsmark nicht gezwungen wäre, die National-Mark gegen Gold oder Devisen einzuzuwandeln. Im internationalen Verkehre wäre die National-Mark eine bargeldfähige Ware, deren Kurs sich nach Angebot und Nachfrage richtet. Da die Handelsbilanz Deutschlands überwiegend aktiv ist, stände die National-Mark hoch im Kurse, zumal die Reichsbank jederzeit aus freiem Willen National-Mark gegen Gold und Devisen aufkaufen und so den Kurs beeinflussen könnte, ohne aber, wie jetzt, zu einem Einwechseln gezwungen zu sein. Worum dies noch nicht möglich ist (fehlende Finanzhoheit), haben wir oben erörtert. Die Konsequenz ist: „Erhaltung der sofortigen Aufhebung sämtlicher diktierten Fron-Lasten“. Hierauf ist das ganze Augenmerk zu richten.

Beschäftigen wir uns nun einen Augenblick mit der

Elektrizitätswirtschaft

Diese ist zum größten Teil von den Kommunen abhängig, die in der Regel 51 Prozent der Aktien besitzen. Betrachten wir die letzten Bilanzen zweier Kraftwerke in unserer nächsten Nähe, nämlich der Pfalzwerke A.-G., Ludwigshafen a. Rh. und des Großkraftwerks A.-G., Mannheim, so finden wir:

Aktienkapital der Pfalzwerke	RM 10 000 000.—
Aktienkapital des Großkraftwerkes	6 186 000.—
Gesamtkapital	RM 16 186 000.—
Echte Schulden, d. h. solche, die an Außenstehende zu zahlen sind:	
Pfalzwerke	RM 17 929 196.33
Großkraftwerk	13 675 878.66
Gesamtschulden	RM 31 605 074.99

Die Schulden sind jeweils bedeutend größer als das Eigenkapital. Die Werke gehören also zum größten Teile nicht mehr den Aktionären, sondern den Darlehensgebern. Wer sind diese?

Von den Gesamtschulden sind RM 12 600 000.— in den Bilanzen als Auslandsschulden, nämlich als Dollarschulden ausgewiesen und zwar bei:

Den Pfalzwerken	RM 5 250 000.—
Dem Großkraftwerke	7 350 000.—

Diese RM 12 600 000.— Schulden an das Ausland stellen eine Anleihe von 3 000 000 Dollars dar, die die Kraftwerke gemeinschaftlich bei einem amerikanischen Konsortium aufgenommen, gegen eine den Amerikanern als ausreichend erscheinende Sicherung.

Gold und Devisen müssen erworben werden

Diese Erwerbung kann dadurch geschehen, daß die Zahlungen des Auslandes an Deutschland größer sind als die Zahlungen Deutschland an das Ausland, d. h. daß die Zahlungsbilanz (nicht zu verwechseln mit Handelsbilanz) Deutschlands aktiv ist, wenn also mehr ausländische Zahlungsmittel, Gold oder Devisen, zu- als abfließen.

In diesem Falle ist es für die Reichsbank (die sogenannten Notenbanken spielen nur eine untergeordnete Rolle, da sie zusammen nur für RM 194 000 000.— Noten ausgeben dürfen) leicht, die nötige „Golddeckung“ für ihre Noten zu erwerben.

Dam Angliche für Deutschland ist aber seine Zahlungsbilanz seit Jahren infolge der durch den Vertrag von Versailles bedingten Verpflichtungen passiv.

Wie verschafft sich also die Reichsbank die sogenannte „Golddeckung“ für ihre umlaufenden Noten?

Entweder dadurch, daß sie selbst im Auslande Kredite aufnimmt, also die Deckungsunterlagen borgt (wir erinnern an die kürzliche Aufnahme des kurzfristigen Kredits von 100 Millionen Dollars), oder daß sie Devisen, die Banken oder Handel und Industrie im Auslande liehen, aufkauft, und zwar durch selbstgemachte Noten.

In beiden Fällen birgt diese Art der Beschaffung der notwendigen „Golddeckung“ eine große Gefahr in sich.

Wird der ausländische Kredit gekündigt, müssen also die von der Reichsbank selbst oder den anderen Banken oder auch von Handel und Industrie geliehenen Devisen an das Ausland zurückgegeben werden, dann muß die Reichsbank automatisch den entsprechenden Betrag (im Verhältnis von RM 40.— Devisen zu RM 100.— Noten) ihrer umlaufenden Noten aus dem Verkehre zurückziehen.

Bei der großen Verschuldung Deutschlands an das Ausland und den hieraus und den „Reparationsverpflichtungen“ sich ergebenden Zahlungsverpflichtungen an das Ausland, die nur in Gold und Devisen erfolgen können, kann tatsächlich der Fall eintreten, daß alles Gold und alle Devisen an das Ausland ausgeliefert werden müssen.

In diesem Falle ist aber Deutschland ohne Geld, da die Reichsbank ohne „Golddeckung“ ja keine Noten, Zahlungsmittel, ausgeben darf.

Das deutsche Volk wird in diesem Falle um Jahrtausende zurückgeworfen, es muß wieder auf den Tauschhandel zurückgreifen.

Die J. G. hat den Braten gerochen

Es ist nun sehr interessant, zu sehen, daß eine Industrieerguppe in Deutschland diese Gefahr rechtzeitig erkannt hat

und ihr wirksam begegnete und sich durch die ergriffenen Maßnahmen tatsächlich zu einem „Staat im Staate“ machte.

Es ist dies die J. G. Farbenindustrie.

Die J. G. Farbenindustrie gründete rechtzeitig in der neutralen Schweiz eine Holdinggesellschaft, d. h. eine Gesellschaft zur Kontrolle von Gesellschaften, die von ihr abhängig sind, nämlich die J. G. Chemie, Basel.

Obwohl Holdinggesellschaft, ist die J. G. Chemie, Basel, in Wirklichkeit doch der J. G. Farbenindustrie unterstellt, denn die J. G. Farbenindustrie machte ihren Direktor Schmitz, ihren Finanzminister, zum Präsidenten der J. G. Chemie.

In der Schweiz sind Steuern und sonstige Abgaben bedeutend niedriger als in Deutschland, außerdem wird die Schweizer Währung für stabiler erachtet als die deutsche. Dieser Umstand dürfte für manchen einen Anreiz bieten, seinen Besitz an Deutschen Aktien in J. G. Chemie-Aktien umzutauschen, wenn sich ihm die Gelegenheit hierzu bietet.

So tauschen denn auch die Aktionäre der Rheinischen Gummi- und Celluloidfabrik, Mannheim-Kackarau-Rhelnau, ihre Aktien der Summifabrik in Aktien der J. G. Chemie, Basel, im Verhältnis 1:1 um und glauben, hiermit ein günstiges Geschäft zu machen.

Der Aufsichtsrat der Rheinischen Summifabrik bestand zur Zeit der Transaktion, Mitte Oktober 1929, aus den Herren: Kommerzienrat Wolf Benfänger, Teilhaber der Firma Fabrik wasserdichter Wäsche, Lenel, Benfänger & Co.; Handelskammerpräsident Dr. rer. oec. h. c. Richard Lenel, Teilhaber der Firma Fabrik wasserdichter Wäsche, Lenel, Benfänger & Co.; Geschäftsführer der Firma Elveco Celluloidwarenfabrikations-gesellschaft m. b. H., und Bankherr Dr. Gustav Hohenmeyer.

Abwanderung deutschen Kapitals nach der Schweiz

Aller Gewinn, der aus dem alten Mannheim-Werk gezogen wird, wandert nunmehr nach dem Auslande. Jede Mark aber, die in das Ausland abwandert, schädigt das deutsche Volk auf das Empfindlichste. Die J. G. Chemie, Basel, wurde nicht gegründet, um Reichsmark zu hamstern, sondern Schweizer Franken. Jede Reichsmark, die in den Besitz der J. G. Chemie, Basel, gelangt, wird von dieser verkauft. Käufer ist, direkt oder indirekt, die Reichsbank, die ihre Noten gegen Gold oder Devisen einlösen muß (§ 31 des Bankgesetzes).

Weiter oben haben wir gesehen, daß das Gold und die Devisen, die der Reichsbank als „Golddeckung“ für ihre umlaufenden Noten gelten, fast reiflos gepumpt sind. Wie haben weiter gesehen, daß die Reichsbank bei einem Rückgang der „Golddeckung“ durch Abzug von Devisen im Werte von je RM 40.— (jezt, da die Deckungsgrenze herabgesetzt ist, unter Umständen sogar für den Wert von nur RM 30.—) bis RM 100.— umlaufende Noten aus dem Verkehre zurückziehen muß.

Welchen ungeheuerlichen Schaden der „Staat im Staate“, kurz J. G. genannt, durch die Gründung seiner Holdinggesellschaft im Auslande und der dadurch bedingten laufenden Abwanderung deutschen Geldes nach dem Auslande, dem Deutschen Reiche und den deutschen Volksgenossen zufügt, kann nicht einmal mit einer modernen, selbsttätigen, elektrischen Rechenmaschine auch nur annähernd errechnet werden.

Eine zehnstrahlige Pagarithmentafel reicht zu diesem Rechenexempel auf keinen Fall aus.

Den Finanzminister Schmitz der J. G. wollte sich das Deutsche Reich als Helfer aus seiner Not verschreiben, Herr Schmitz soll aber dankend abgelehnt haben. Jedenfalls war ihm das Einverständnis eines „Wirtschaftsdiplomaten“ des Deutschen Reiches mit besonderen Vollmachten nicht verlockend genug, um im Allgemein-Interesse seinen Posten als Finanzminister der J. G. aufzugeben.

Wie allgemein bekannt, besitzt die J. G. keine Bank-schulden, sondern im Gegenteil recht erhebliche Guthaben. Bei Transaktionen, durch welche, wie bei dem Erwerbe der

Daß in den Schulden noch weitere, nicht ausgewiesene Devisenverpflichtungen enthalten sind, namentlich in den *AA* 6 386 716.43 (vermutlich auch noch kurzfristigen) Bankkrediten und -Darlehen der Pfalzwerke, ist so gut wie sicher, interessiert uns aber hier weiter nicht, da wir hier nicht den Schaden, der der Allgemeinheit durch das Kontrahieren der Devisenschulden erwächst, nachweisen sollen.

Was wir nachweisen wollen, ist die gewiß interessante Tatsache, daß hier Sachwerte, nämlich Elektrizitätswerke, der letzte Untergrund für die Ausgabe deutscher Reichsbanknoten sind.

Die beiden Elektrizitätswerke erhielten also Dollars. Was machten sie mit diesen Dollars?

Kann sein, sie kauften damit im Auslande Maschinen und Materialien und bezahlten diese direkt. In diesem Falle hätte sich der Dollarregen also nicht in Form von Geld, sondern in Form von ausländischen Maschinen und ausländischen Materialien über unsere nächste Heimat ergossen.

Es kann aber auch sein, und dies wollen wir im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse annehmen, daß die beiden Werke ihre Maschinen in Deutschland kauften und ihre Anlagen durch deutsche Unternehmer aus deutschem Material herstellen ließen. In diesem Falle benötigten die beiden Werke Reichsmark, die sie durch Verkauf ihrer Dollars erhielten.

Wer kaufte diese drei Millionen Dollars?

Ohne allen Zweifel die Reichsbank, die sie als „Golddeckung“ für ihre auszugebenden Noten benutzte.

„Bordellprieſter“

Aus der Tagung der antimilitaristischen Pfarrer Skandinavien, die neulich in Kopenhagen stattfand, trat die Schärfe, mit welcher der Krieg bekämpft wurde, hervor:

Eine der schärfsten Äußerungen stammt von dem dänischen Pastor Soelmoe-Thomsen:

„Nicht unberechtigt sagt man, daß das Abblenden der Wehrpflicht — das will sagen der Vorbereitung des Krieges in Friedenszeiten — auch für sich eine Teilnahme am Kriege sei. Dann kann aber ein Priester zu Soldaten nur sprechen, wenn er ihnen das reine Evangelium verkündet und den Krieg verurteilt. Der militärische Soldatenpastor ist daselbe wie ein Bordellprieſter, der mit dem Ziel der Aufrechterhaltung einer solchen Institution wirkt.“

Also schreibt die „Deutsche Zukunft“, das Berliner Organ der Pazifisten, und nennt eine solche Erklärung „erfrischend“. Zwar war es ein Däne, der den Soldatenpastor mit einem Bordellprieſter verglich. Wir haben aber bisher noch nichts von einem Verbot der „Deutschen Zukunft“ gehört, weil sie diesen Ausspruch abgedruckt hat. Nationalsozialistischen Zeitungen gegenüber pflegt man empfindlicher zu sein.

Was sagt übrigens das Reichswehrministerium dazu?

Jüdiſcher Nationalſozialismus

Auf dem eben beendeten Zionistenkongreß wurde zum Ausbau der Jerusalemer Univerſität folgender Beſchluß gefaßt:

„Der Kongreß mißbilligt den Geiſt des Verzichts auf nationale Ideale, der in der Leitung der Univerſität zum Ausdruck gekommen iſt und beauftragt die Exekutive, auf der Wacht des nationalen Geiſtes in der Leitung der Univerſität zu ſein.“

Diesem Beſchluß hängt man als Maſke folgenden Antrag an:

„Der Kongreß erklärt, daß er durch ſeinen Beſchluß in der Univerſitätsfrage in keiner Weiſe die Lehrfreiheit einſchränken wolle.“

Die Kraber werden im Bilde ſein. Wir aber wollen für unſere Hochſchulen nichts anderes, als die Juden für die in Jeruſalem.

Der Kirchenhaß des Marxiſmus

Die ſozialiſtiſche Arbeiterjugend (ſozialdemokratiſch) in Berlin führte in dieſer Woche fünf „proletariſche Kampf- und Gebungen gegen die chriſtliche Kirche“ durch. Man kennt dieſe Hejerei, die ohne jede Hemmung ſind und vor keiner Gemeinheit zurüchſchrecken. Der erſte Abend der ſogenannten „Noten Rebellen“ — in der Aula eines ſtädtiſchen Gymnaſiums! — gibt ein charakteriſtiſches Bild dieſer „Kampf- und Gebungen“.

Hier der Bericht eines Teilnehmers, der bis jetzt nicht beſtritten wurde:

Ein Sprecher eröffnete den Abend. So der Spruch:

Solange nicht ſchärfſter Kampf gegen Pfaffenkitten und Wehrauchsdampf, ſolange wird die chriſtliche Kirche beſtehen!

Dann erſchienen „Gottloſe“ auf der Bühne, die kirchliche Gebete in widerwärtigſter Weiſe verhöhnten.

Als hierauf ein „Chriſtlicher“ im Talar und mit Hakenkreuz auftrat und eine Botſchaft des Papſtes verlas, wurde er von der Bühne verjagt und erhielt einen Stoß vor die Bruſt, daß er die Treppe hinuntertaumelte — unter Hohngelächter und Beifall der ſozialdemokratiſchen Jugend.

Der Verſammlungsleiter erklärte ſchließlich:

„Nun alle Mann heran zum Kirchenauſtritt; eure Bedenken gegen dieſen Schritt ſind doch nun hoffentlich ausgeräumt!“

Hierauf nahm auf dem Podium ein beſonders zu dieſem Zweck beſtellter Notar Platz, der die Kirchenauſtrittserklärung entgegennahm und notariell beglaubigte.

Ein Redner führte u. a. aus: „Es gilt jetzt, den ſchärfſten Klassenkampf gegen die Kirche zu eröffnen. Die ſozialdemokratiſche Arbeiterjugend, die Kerntruppe der ſozialen Revolution, hat die Aufgabe, dieſen Klassenkampf unerbittlich zu Ende zu führen! Wenn der junge Sozialdemokrat heute dem alten die roten Sturmfahne aus der Hand nimmt, um den Kampf fortzuführen, muß er ſich von der Kirche endgültig losſagen, denn zum Kampf für den Sieg des Sozialismus iſt der Auſtritt aus der Kirche erſte Vorbedingung.“

Dieſe Dollars können der Reichsbank nicht gekündigt werden, denn nicht ſie, ſondern die beiden Elektrizitätswerke kontrahierten die Schuld in Amerika. Man könnte alſo dieſe Dollars, die die Reichsbank von den Elektrizitätswerken gegen von der Reichsbank gemachte Reichsbanknoten kaufte, als „Dauergolddeckung“ anſehen.

Dem iſt aber nicht ſo.

Können die beiden Werke bei Fälligkeit der Schuld aus irgend einem Grunde keine Dollars beibringen, dann vollſtrecken die Amerikaner und die Werke gehen eventuell in amerikaniſchen Beſitz über.

Will das Reich eine ſolche Kataſtrophe verhindern, dann muß es eingreifen und für die Dollars, die es als „Golddeckung“ für von der Reichsbank ausgegebene Noten benutzen leiht (nach unſerem Beſpiele, das jeden Tag bitterer Ernst werden kann), die Werke übernehmen.

Da die beiden Elektrizitätswerke zur Deckung der Dollarschuld, aufgrund deren die Reichsbank Noten (alles nach unſerem Beſpiele) ausgeben durfte, genügt, müſſen die Werke auch als Deckung für direkt auszugebende Noten, „Nationalmark“ genügen. Dies umſo mehr, wenn die Deckung der „Nationalmark“ hundertprozentig gehalten wird, während die ſehige „Golddeckung“ nur vierzig- oder gar nur dreißigprozentig iſt.

Als ſehr weſentliches Moment kommt ferner hinzu, daß die Deckung der „Nationalmark“, wie auch die der Rentenmark, tatſächlich deutſches National-Eigentum iſt, alſo nicht willkürlich gekündigt oder zurückgezogen werden kann.

Die „Golddeckung“ der Reichsmark dagegen iſt zum überwiegenden Teile gepumpt, muß alſo zurückgezahlt werden. Sie ſtellt alſo keine Dauerdeckung, ja, da ſie nicht deutſches National-Eigentum iſt, überhaupt keine Deckung dar. Die Reichsmark hängt vollſtändig in der Luft.

Aus dem Gefagten geht hervor, daß Deutschland aus Notwendigkeit von der „Goldmark“ abgehen und ſich eine Währung auf reſter Grundlage ſchaffen muß.

„Retter“ der Landwirtschaft

Gewiſſe nationale Kreiſe haben ſchon immer das unſterbliche Verdienſt erworben, dem Gegner der deutſchen Freiheitsbewegung Zutreibdienſte zu leiſten. Die Gründe für dieſe beinahe ſelbſtmörderiſche Stützung des ihnen feindlichen Systems ſind verſchieden, liegen jedoch nicht zuletzt in der Struktur der bürgerlichen Rechtsparteien und dem Charakter ihrer Führer bedingt. Wäre es ſonſt wohl möglich geweſen, daß die Sozialdemokratie immer wieder willfährige Nachfolger fand, wenn ihre Kabinette die Politik in den Dreck führen?

Die „nationalen“ Bürgerparteien zeigten ſich inſtinktiv genug, die „Verantwortung“ dafür zu übernehmen und unter Eskalierung der Marxiſten die Folgen der Mißwirtschaft dem Volke aufzubürden.

Nicht anders iſt ja das Brüning-Kabinett zuſtande gekommen, das nun ſchon über ein Jahr ohne das Vertrauen des Volkes regiert, nein notverordnet! Und trotz des offenkundigen Zuſammenspiels des Reichskanzlers mit den Marxiſten, der deutlichen Vormachſtellung des ſozialdemokratiſchen preußiſchen Kabinetts, gibt es im Lager der nationalen Parteien die angeblich dem Kabinett fernſiehenden Kreiſe, die gern den Ruſch in die Regierung wagen möchten und ſich doch nicht recht getrauen.

Nach dem Ausgange des Volksentſcheides hat manch einer dieſer „nationalen“ Schreier den Wunſch, reumütig zum „ſtarken Mann“ zurückzukehren, den man am 9. Auguſt nicht an der Wahlurne geſehen hat.

Die Phraſe von der notwendigen „breiten nationalen Front“ für die kommenden Wahlen iſt in aller Munde, die damit eine neue Anbiederung an das System einleiten wollen.

Zahn geworden

Der Berliner SPD-„Vorwärts“ iſt das führende Blatt einer Partei, die einſtinals die Welt umſtülpen und jede Autorität ſtürzen wollte. Nun iſt ſie ſelbſt ein Haufen bröckeliger Kongenautoritäten geworden und wenn man dieſe Wackemänner anbläſt, wird der beleibte und betagte „Vorwärts“ ungemütlich. „Wozu der Lärm?“ fragt er die erwerbsloſen Schauſpieler mürrisch, die ſich gegen das Präſidium der „Genoſſenſchaft deutſcher Bühnenangehöriger“ ohne jede Spur von Ehrſucht empören. „Die Inſaſſen der Käfige im Zoologiſchen Garten konnten geſtern wieder einmal viel von den Menſchen lernen: heulen, brüllen, kreſchen, zetern, jähren.“ So ſpöttelt und häſtelt der ſogenannte „Vorwärts“ über die durch ſeine geliebte Erfüllungspolitik erwerbsloſen Schauſpieler, die ja nicht nur mit einem Stück trockenen Stempelbrot ihren ſchlimmſten Hunger ſtillen, ſondern vor allen Dingen auch ihre Kunst ausüben wollen und ihre Herren Präſidien, die elſrige Verſucher der Tributpolitik ſind, mit

Der Stennes-Laden zerplatzt

Selt einigen Wochen bemühen ſich die Führer der „revolutionären“ und alleinſeligmachenden Sektierergruppchen eine „breite Front“ aufzumensichweifen, um gegen jede mathematiſche Kinderweisheit (nichts iſt nichts o) „Maſſen“ zu ſammeln. Schon ſah Herr Müller ſeinen Stern wieder leuchten, denn (Mathilde!) Lubendorff, Ehrhardt, Straffer uſw. ſollten unter ſeiner Führung der Runie „Deutſchöſtlicher Freiheitsbewegung“ neues Leben einblafen. Die Beſprechungen zwiſchen den Gruppchen ſind jedoch erfolglos verlaufen und zwar einmal an dem allen gemeinſamen Größenwahn der einzelnen „Führer“, zum anderen an dem Ueberfluß an „unabänderlichen Programmen“ der einzelnen Gruppen, aus deren Gebräu beim beſten Willen kein brauchbarer Zweiter entſteigen wollte.

Inzwiſchen ſcheint auch unter der Stenneskomödie der letzte Schlußſtrich gezogen. Nach Meldung eines jüdiſchen Berliner Montagsblattes, dem der große Revolutionär und Edeling mit Vorliebe ſeine „Interviews“ gewährt, hat Ehrhardt, der die Revolte finanzierte, endgültig von dem Blatt der Stennes Beſitz ergriffen. Stennes hat die Herausgeberſchaft des Blattes niedergelegt und an ſeine Stelle trat der Antimus des Hauptmann Paßk, Dr. Grabowſky. Damit iſt auch die Gemeinſchaft zu Otto Straffer wieder geprengt, wenn ſich dieſer nicht vorzeitig dem Finanzdiktat der Ehrhardt-Paßk beugt. Die letzten „Getreuen“ haben ihn ſowohl ſchon verlaſſen und mit großem Prunk ſind die Reſte ſeiner „deutſchen Revolution“ zerplatzt. Auch der Abgeſandte Ehrhardts, der als Schriftſteller nicht unbekannt F. W. Heinz, hat Straffer wieder verlaſſen.

Wir wollen dieſe Winkelzüge politiſcher Geſchäftemacher lediglich regiſtrieren, weil ſie die ziel- und planloſe Taktik gewiſſer Kreiſe kennzeichnen, die unter der Maſke „Nationalismus“ ihr Unweſen treiben.

nicht geringem Recht verantwortlich machen für ihr eigenes Elend. Was kümmert ſchon den „Vorwärts“ dieſes Elend? So auch der ſtellovertretende Vorſitzende der Chriſtlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei Dr. Gerdeck, der jetzt auf einer Hallenſter Tagung ein Referat über die geſamtpolitiſche Lage hielt, die mit leiſen Winken an die Regierung geipelt war, denen aber nicht die weiße Anspielung fehlt, daß nur noch eines mangelt: die verantwortungsbewußte, beſcheidene Mitarbeit ſeiner Partei, denn „diejenigen Hilfsmahnahmen für die Landwirtschaft, die getroffen ſein oder in Vorbereitung ſtünden, ſeien erzielt worden nicht durch demagogiſche Reden und Aufrufe, ſondern durch die ſtille, jäh Arbeit verantwortungsbewußter Perſönlichkeiten.“ Worin die „Hilfsmahnahmen“ für die Landwirtschaft beſtehen, iſt Geheimnis Dr. Gerdeckes, das ihm offenbar von der Reichsregierung geſtütert wurde, denn das deutſche Landvolk hat bis auf die Pfändung der Ernte auf dem Felde nichts von Maßnahmen der Regierung bemerkt. Das ſtört dieſe „Bauernführer“ jedoch nicht; aber — meint Dr. Gerdeck — wenn auch Reichsernährungsminiſter Schiele ſich unter den ſchwierigſten Verhältniſſen bemüht habe, der Landwirtschaft zu helfen und ſeine Arbeit hoffentlich noch weitere Früchte tragen werde, ſo müſſe man dennoch die große Sorge haben, daß im Ganzen geſehen das Reichskabinett einen falſchen Kurs ſteuert. — Alſo bleibt als „rettende Tat“ nur noch der Abſprung in die Regierung hinein?!

Schon beim Auszuge der nationalen Oppoſition aus dem Reichstage enthüllten ſich die Landvolksabgeordneten, die der Regierung und dem parlamentariſchen System treu bleiben wollten, gegen die Ueberzeugung des deutſchen Landvolkes! Die parlamentariſchen Landvolksführer wollten aus einem entdeckten Verantwortungsbewußtſein die „großzügige Aktion“ der Regierung für die Landwirtschaft ſtützen und gleichzeitig „Wache halten“, daß den Belangen der Landwirtschaft kein Abbruch geſchähe. Monate ſind ſeit her vergangen, die „Wächter“ ſind eingeklappt und mit ihnen die ganze Partei. Dem Bauern aber ſind darüber die Augen ausgegangen, ſodah ihm die Herren Schiele, Hepp, Gerdeck, Dermes uſw. endlich im rechten Lichte erſchienen. Das Landvolk kennt die ewigen Schreier, die „Landwirtschaftsretter“, die ſich immer wieder mit dem System verbrüdereten. Es geht heute nicht um die Belange der Landwirtschaft allein, um Paragraphenalmoſen und „Millionenſubventionen“, die der Verwaltungsapparat auſtrift. Die Parole heißt heute nur noch:

Rettet Deutschland!

In einer Zeit, da ſich an den Tiſchen der Barmats und Sklareks ſo herrlich leben leiht und läßt, da es fette Pfände nur ſo regnet, man ſich vor Rieſenproviſionen bei allen möglichen Anläſſen kaum retten kann und die nödigſte Sorge darin beſteht, wie und wo man die Einnahmen möglichſt ſicher vor dem unſicheren Schickſal des deutſchen Volkes anlegt. „Nemad wird den verblitterten Erwerbsloſen, die ſich ſo leicht aufheben und ſo ſchwer belehren laſſen, ſein Mitgefühl verſagen.“ heuchelt der „Vorwärts“. „Schmeißt ihn raus, er dreht mers Herz“, ſagte Rothſchild zu den Palaten, als ein Schnorrer ihm ſein Leid klagte. „Hunger macht einig.“ redet der „Vorwärts“ den Erwerbsloſen zu; haltet das Maul oder ſprecht leiſe, ihr nützt ſonſt nur den Halsärzten.“

Parteigenoſſen!

Zahlt pünktlich eure Beiträge!

Herausgeber und Verleger: Karl Lenz, M. d. R., Heidelberg. Hauptſchriftleiter: Dr. W. Rattermann. Verantwortlich für Innen- und Außenpolitik, Redakſion und Verlagsſachen: Dr. W. Rattermann; für die engere Heimat: „Abernebene und Bergſtraße“, Verlagen und „Paroleausgabe“: Friß Haas; für Anzeigen: Otto Heller; ſämtliche in Mannheim. Buchdruckerei Schmalz & Loſinger, Mannheim.

Anzeigen: Die achtgeſpaltene Millimeter-Anzeigenzeile 10 Pf. Wiederholungsrabatte nach beſonderen Tarif. Annahmefluß für Anzeigen: Montags und Donnerstags 12 Uhr.

Der kann als Zeit begehren...
Dokumente in der deutsche...
diktierte, an die...
Kreistheil...
Planes...
reich be...
die Be...
im lezte...
Frankrei...
heit des...
hat in L...
Schrift m...
Bücherbu...
abgeſehen...
Eine

Die Geld...
tien“ ſor...
nicht erſ...
der verg...
reichſchen...
ſegen. —

Bei in Hann...
bleibt, ſel...
empfehlen...
auf die...
er jedoch...
„Der deu...
dieſe ſei...
taten die...
Strophe i...
folgen. I...
ſchwerer...
wie ein...
Aula, vo...
leuchteten...
glück nun...
Schülern...
wiſſen wa...
verſtanden...
Die

Väter mo...
Militariſ...
gemeinſel...
gebracht...
Gefang d...
haben, w...
Fuß zu tr...
etwa um...
geſtimmt:

Ein trug, wur

und

Den bildet da...
allen Umf...
und hoch...
bedingung

In d...
parteilich-

Mege...
boner“...
Konſtan...
er auf...
und billi...
der 100-...
übertritt

Die...
haben es...
Er liebt...
durch Re...
daß ſie...
dürfen.

Selt...
namens...
getreuer...
Leiden...
zu häſel...
ſeinen...
mehr län...
laſſen. D...
im weſent...
Jahre...
fraglich.

Ich genie...
Sie in me

Umbl...
daß es...
ſich von...
Drei Tag

Die Tragödie unseres Brudervolkes

Der jüngste Hilferuf Österreichs an den Völkerbund kann als eine der erschütterndsten Tragödien der Nachkriegszeit bezeichnet werden. Der Ton, in dem dieses Wiener Dokument gehalten ist, drückt die ganze Hilflosigkeit aus, in der sich dieser deutsche Staat, genauer gesagt, dieses deutsche Volk in künstlich gezogenen Grenzen, die der Haß diktiert, befindet. Das Dokument geht bis hart an die Grenze restloser Waffenstreckung. Das Kesseltreiben, das Frankreich kurz nach Austausch des Planes der deutsch-österreichischen Zollunion gegen Österreich begann, scheint das Bild endlich gestiftet zu haben. Die Bank von England wird nicht wieder wie vor Monaten im letzten Moment eingreifen können, um einen Anschlag Frankreichs auf die wirtschaftliche und finanzielle Selbständigkeit des österreichischen Staats zu verhindern. Frankreich hat in London seine Guthaben mobilisiert und würde jeden Schritt mit weiteren Abzügen aus London beantworten. Der Völkerbund aber, das ist, von ganz geringen Ausnahmen abgesehen, Frankreich.

Eine Völkerbunds-Anleihe an Österreich ist eine französische Anleihe an Wien.

Die Geldgeber, die natürlich in Paris sitzen, werden „Garantien“ fordern, und was diese Garantien bedeuten, das braucht nicht erst des näheren dargelegt zu werden. Die Erfüllung der verzweifeltsten Bitte Österreichs um Geld wird der österreichischen Selbständigkeit und Handlungsfreiheit ein Ende setzen.

Bekennnis der deutschen Jugend

Bei der diesjährigen Verfassungsfeier des Gymnasiums in Hann. Münden versuchte ein Lehrer, der die Festsprache hielt, selbst den Kleinsten die Verfassung aufs warmste zu empfehlen. Scheinbar hoffte er, mit seinen Ausführungen auf die Schüler großen Eindruck gemacht zu haben. Als er jedoch die Anwesenden aufforderte, mit ihm in den Ruf „Der deutsche Volksstaat (in seiner Rede hatte er ausgeführt, dies sei dasselbe wie Republik) lebe hoch!“, mit einzustimmen, taten dieses nur die Kleinen. Nach Abklingen der ersten Strophe des Deutschlandliedes sollte programmäßig die dritte folgen. Doch der passivistisch angehauchte Redner hatte sich schwer verrecknet! Laut und feierlich brauste es wie ein Schwall, wie ein Bekenntnis der national gefinnenen Jugend durch die Aula, von deren Wand die Namen der gefallenen Schüler leuchteten: „Deutschland, Deutschland über alles, und im Unglück nun erst recht!“ Da zeigte es sich, daß es unter den Schülern noch viele gibt, die von Erfüllungspolitik nichts wissen wollen, die national gefinnt und nicht mit allem einverstanden sind, was ihnen vorgepredigt und eingeimpft wird.

Die deutschen Schüler wollen frei sein, wie es ihre Väter waren! Sie wollen nicht passivistisch erzogen werden. Militarismus und Disziplin ist ihnen lieber, als alles Friedensgemischel der schwarz-roten Völkerverbrüderer, die es fertig gebracht haben, zum Franzosen „Freund“ zu sagen und den Befehl der vierten Strophe des Deutschlandliedes verbieten haben, wahrscheinlich aus Angst, ihre „Freunde“ auf den Fuß zu treten! Und nur um ihre Gefinnung zu zeigen — nicht etwa um die Lehrer zu ärgern! — haben die Schüler einstimmig: „Und im Unglück nun erst recht!“

Ein Schüler, der eine Nadel mit der gleichen Aufschrift trug, wurde mit 3 Stunden Arrest bestraft.

Frankreich und die deutsche Sozialdemokratie

Den Kernpunkt der deutschen Außenpolitik seit 1918 bildet das Bestreben der deutschen Sozialdemokratie, unter allen Umständen eine „Verständigung“ mit dem militäristischen und hochkapitalistischen Frankreich herbeizuführen. Auf dem bedingungslosen Unterverwerfungswillen der deutschen Sozial-

demokratie beruhet daher auch die Hoffnung der Franzosen, das besetzte Rheinland zu französisieren und vom Reich abzutrennen. Die Pariser Regierung betrieb die Abtrennungspolitik freilich aus Unkenntnis damals nur lau, umso eifriger aber wurde sie dafür von den Generälen der Besatzungstruppen, die ja die Haltung der deutschen Sozialdemokraten aus eigener Anschauung beurteilen konnten, vertreten. So schreibt der ehemalige Kommandeur des 30. französischen Armeekorps in Wiesbaden, General Nordacq in seinem Erinnerungsbuche: „Die deutsche Mentalität“ (deutsche Ausgabe Wiesbaden 1927, S. 75):

„Es war sonnenklar, daß die einzige und richtige Politik, von der wir uns im Rheinland und in Deutschland hätten leiten lassen müssen, darin bestand, uns offen und ehrlich an die Sozialdemokratie anzulehnen. Während der ganzen Dauer meines Aufenthaltes am Rhein (1920—25) versuchte ich, mich an diese Richtschnur zu halten.“

Die damals von Nordacq noch für ungenügend befundene Zusammenarbeit zwischen Paris und der deutschen Sozialdemokratie ist ja inzwischen so eng geworden, daß der französische General heute mit ihr gewiß zufrieden sein würde.

Zentrumspfarrrer als Zeitungswerber

Daß zentrumliche Pfarrer die Kanzel zu agitatorischen Partei- und Hezreden benutzen, ist schon längst nichts mehr Neues. Diese Herren treiben ihre heuchlerische Zentrumspolitik auf jede nur erdenkliche Weise. Daß es ihnen einzig und allein um die Partei und nicht um die Kirche geht, beweist wieder folgender Fall. Zu einem Landauer Einwohner kam ein Vertreter des „Rheinpfälzer“ und sagte: „Einen schönen Gruß vom Herrn Geistlichen Rat Rühlig und Sie möchten bei mir den „Rheinpfälzer“ bestellen.“ Als der Parteiloge dem Herrn sagte, daß er außer der NSZ. aus sekundären Gründen sich eine weitere Zeitung nicht leisten könne, antwortete der Herr Vertreter: „So, Sie wollen also unsere Zeitung nicht bestellen, es ist gut, ich werde dem Herrn Rat bestellen, daß er Sie auf die schwarze Liste (!) setzt.“ Der Nationalsozialist kommt nun nicht mehr aus dem Zittern und Beben vor der „schwarzen Liste“ heraus.

Sozialdemokratisches Lumpengefindel

In der Kundgebung der 57. Abteilung der Groß-Berliner SPD. wurde nach dem „Tag“ folgender beispiellos infamer Vers gesprochen:

„Wenn wir den Krieg gewonnen hätten, Mit Wogenprall und Sturmgebraus, Dann wäre Deutschland nicht zu retten, Und gliche einem Irrenhaus! Wenn wir den Krieg gewonnen hätten, dann läge die Vernunft in Ketten Und stände stündlich vor Gericht, Und Kriege gäb's wie Operetten, Zum Glück gewonnen wie ihn nicht!“

Kein einziges der anwesenden SPD.- und Reichsbanner-Mitglieder fand sich in dieser Verammlung, das aufgesprungen wäre und Protest gegen diese schamlose Lobpreisung des Zusammenbruchs erhob, sondern alle sollten stürmischen Beifall und riefen hierzu „Bravo“ und „Sehr wahr!“, um offen zu bekunden, daß sie alle es als „Glück“ empfinden, daß Deutschland den Krieg nicht gewann.

Man nenne uns ein Land der Welt, in dem sich ein solch beschämendes und widerloses Schauspiel jemals abgespielt hat — es gibt keins! — außer dem roten Preußen!

Meyer

In der Nr. 32 des „Friedericus“, der ausgezeichneten überparteilich-nationalen Wochenchrift, lesen wir:

Meyer ist Jude und Direktor der Karstadt'schen „Arboner“ Stickerelwerke Wollmatigen in Konstanz. Obwohl er sein Geld in Deutschland verdient, wohnt er auf Schweizer Boden. Dort ist's angeblich angenehmer und billiger. Man kann verstehen, daß Herr Meyer von der 100-Mark-Verfügung der Reichsregierung betr. Grenzübertritt nicht gerade begeistert war.

Die Angestellten und Arbeiter dieses Karstadt-Betriebes haben es nicht leicht: Denn Meyer ist ein gestrenger Herr. Er liebt es, die von ihm wirtschaftlich abhängigen Menschen durch Redensarten und Schimpfereien zu kränken. Er weiß, daß sie sich, um ihr Brot nicht zu verlieren, nicht wehren dürfen.

Seit vielen Jahren war in den Stickerelwerken ein Mann namens Ambühl beschäftigt. Er war ein tüchtiger und pflichtgetreuer Mann, aber er hatte einen großen Kropf. Dieses Leiden war der Anlaß für den Direktor Meyer, den Kernstein zu hänseln. Das wurde schließl. so schlimm, daß Ambühl seinen Kollegen unter Tränen klagte, er könne es nicht mehr länger ertragen, er wolle sich den Kropf wegnehmen lassen. Die Ärzte rieten ihm ab. Mit dem Kropf, der ja im wesentlichen ein Schönheitsfehler sei, könne er noch viele Jahre leben. Der Ausgang der Operation aber sei sehr fraglich. Ambühl beruhigte sich. Bald darauf aber brüllte ihn der jüdische Direktor Meyer vor dem gesamten Personal an: „Es ist scheußlich mit Ihrem Kropf! Sie verblöden ja! Ich geniere mich jedesmal, wenn ein Fremder hierher kommt, Sie in meiner Nähe zu haben!“

Ambühl war durch diese Art und Weise so aufgeregt, daß es seinen Kollegen unmöglich war, ihn zu beruhigen und ihn von dem Vorfall abzubringen, sich operieren zu lassen. Drei Tage nach der Operation war er eine Leiche.

Rotmord!

Limboch (Sachsen). In der Nacht vom Samstag gegen 1 Uhr wurde hier der SS.-Mann Herbert Grobe von drei Kommunisten erschossen. Es handelt sich um einen vorbereiteten Mord. Grobe erhielt einen Schuß ins Herz, der seinen sofortigen Tod herbeiführte. Der vermutliche Täter ist ein gewisser Mag. Claus, Hohenselnerstraße 78. Der Revolver des Mordbuben wurde gefunden.

Abkürzung eines Zeitungsverbot

Das Reichsministerium des Innern schreibt: „Auf Ihre durch den Herrn Rechtsanwalt Dr. Kuhlman in Magdeburg eingelegte Beschwerde gegen die Verfügung des Herrn Oberpräsidenten in Magdeburg vom 12. Juli 1931 — S. V. 9390 H. — kürze ich die Dauer des Verbotes Ihrer Zeitung „Harzer Trommler“ auf drei Monate, also bis einschl. 11. Oktober 1931 ab. Im übrigen habe ich die Beschwerde dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts zur Entscheidung vorgelegt.“
gez. Dr. Wirth.

Verboten!

Die „Coburger Nationalzeitung“ wurde auf die Dauer von 2 Wochen verboten.

Latinität, Herr Mönius?

Es ist bekannt, wieviel sich Herr Dr. Georg Mönius von der Münchener „Allgemeinen Rundschau“, der schimpfen, fluchen und spucken kann wie ein Lama, auf seine und seiner Leute „Latinität“, die etwas ganz besonders Feines und Kultiviertes sein soll, zugute tut. Da schreibt nun der „Bayerische Kurier“, der Fleisch vom Fleisch des neuzeitlichen Ritters Georg ist, am 5. Heuerts über die große Vortrauererei in Amerika: „Erbarmslos niedergedroschen“. „Der Weltmeister (Schmeling) ging erst in der folgenden Runde mehr aus sich heraus und knallte Stribling einige sehr wirkungsvolle Rechte an den Kopf, sodas die Augen des Amerikaners bald stark geschwollen und in der 7. Runde bereits geöffnet (d. h. aufgeschlagen) waren... In der 4. und 5. Runde konnte Schmeling mehrere Gesichtstreffer anbringen, die Stribling, der aus Mund und Nase blutet, langsam zermürdeten... Schmeling bombardiert fortwährend Striblings Gesicht mit beiderseitigen Schlägen, Striblings Nase blutet stärker. In der 10. Runde wird Stribling durch einen Kinntreffer schwer angeschlagen. Striblings Gesicht ist blutüberströmt...“

Vielleicht ärgert sich Herr Mönius zwischen zwei seiner gegen den Nationalsozialismus geschleuderten Speichelansprüche zu unserer Bekehrung einmal darüber, ob wir Lernbegierigen in ihrem Berichte des zentrumsgerechten „Bayerischen Kuriers“ eine besonders kennzeichnende Note der feinen Kulturartie „Latinität“ zu bewundern haben.

Die DBP. ohne Verbot — doch tot!

Obgleich ein generelles Versammlungsverbot bestand, konnte die DBP. im Kreise Lauterbach, Oberhessen, doch eine Versammlung abhalten. Für sie schien also eine Ausnahme gemacht zu werden. Dabei erklärte der Provinzialvorsitzende dieses in allen Farben schimmernden grundsätzlichen Grundlaglosen Profitorientierten u. a.:

„Wir haben stets im Gegensatz zu diesem System gestanden.“

Ist das nicht nett? Jetzt macht man also genau so brav und rein in Opposition wie man bisher in Regierungspolitik gemacht hat. Dürfen wir also auch damit rechnen, daß man einmal erklären wird, man habe nie etwas gegen den Nationalsozialismus gehabt... Dann dürften allerdings die Herrschaften das letzte Mal die Fronten verläßt haben.

Wieder ein nat.-soz. Bürgermeister

Im Schlierland wurde nunmehr auch ein nationalsozialistischer Bürgermeister gewählt. Unser Pg. Volt. Sippel versprach die Stelle des Bürgermeisters getreulich zu verwalten.

Der bisherige Bürgermeister von Frauombach verlangte von der Gemeinde nicht weniger als 725 RM Gehalt. Pg. Sippel verzichtete auf eine so hohe Dotation und versieht seinen Dienst für 350 RM.

Interessant ist nun, daß der Gegenkandidat — als er die geringe Forderung des Nationalsozialisten sah — ebenfalls seine Forderungen herabschraubte und bereit war, für 300 RM seinen Posten zu versehen. Aber das Volk fällt auf solche Maßnahmen nicht mehr herein.

Werbt überall für das Hakenkreuz-Banner

Anrechnung von Kriegsbeschädigtenrente auf die Arbeitslosen-Unterstützung

Auf Grund der Notverordnung vom 5. 6. 1931 wird den Kriegsbeschädigten die Rente bis auf RM 15.— auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet. Von einzelnen Arbeitsämtern wurde arbeitslosen Kriegsbeschädigten, die früher einen Teil ihrer Rente kapitalisieren ließen, auch der kapitalisierte Betrag auf die Arbeitslosenunterstützung zur Anrechnung gebracht. Das ist nach einer vom Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerverblichener e. V., Berlin, Charlottenstr. 85, erzielten grundsätzlichen Regelung falsch. Es darf vielmehr nur die z. Zt. wirklich bezogene Rente (also die Rente ohne den kapitalisierten Betrag) bis auf RM 15.— auf die Arbeitslosenunterstützung in Anrechnung kommen.

Die Kriegsbeschädigtenrenten wurden vor der Notverordnung nach einer vom Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener erzielten grundsätzlichen Entscheidung des Reichsversicherungsamts auf die Arbeitslosenunterstützung nicht angerechnet. Die jetzige Anrechnung hält der erwähnte Verband für unhaltbar, zumal von den Kriegsbeschädigten die vollen Arbeitslosenversicherungsbeiträge gezahlt werden müssen. In eingehend begründeten Eingaben wurde die Wiederherstellung des früheren Rechtsgrundlages gefordert.

Warenhausgeschäfte

Die Geschäfte der Warenhauskongerne gehen trotz der allgemeinen deutschen Wirtschaftskrise nicht schlecht; wieder ein Beweis, daß diese Institute tatsächlich Fremdbücker im deutschen Wirtschaftsleben darstellen. Allerdings versucht man gewisse die Millionengewinne dadurch zu tarnen, daß eine verhältnismäßig geringe Dividende gezahlt und um so größere Beträge den Reservefonds zugewendet werden. So verteilt die Schecken-Warenhausgesellschaft 1930/31 nur eine Dividende von 5 % gegen das Doppelte im Vorjahre, trotzdem der Gewinn von 1,35 auf 2,95 Millionen stieg. Bei 96 Millionen Umsatz eine ganz anständige Quote! Die Dividende macht nur fünfhunderttausend RM aus, der Rest wird verschleiert, ganz „zeligmäßig“.

Beiträge!

Heidelberg.
verantwortlich für
Wirtschaftspolitik:
Kleinerebene
Fritz Haas;
Landsheim.
ihm.
insgesamt 10 Pf.
Abnahme für
1 Pf.

Groß-Mannheim

Ein neues Glanzstück des Herrn Pichler?

... man mit den Geldern der Mannheimer Steuerzahler umgehen will

Es ist doch geradezu unerhört, wie man in unserer Stadt wieder wirtschaften will. Herr Pichler, der Mann, in dessen „Zauberreich“ wir schon mehrmals hineinkucken mußten, trägt sich wieder mit ganz neuen Plänen und Gedanken, um die Spargroschen unserer Mannheimer Steuerzahler in der gegenwärtigen Zeit „in Umlauf“ zu bringen. Ausgerechnet im Jahre 1931, dem Jahr wirtschaftlichen Tiefstandes, wagt Herr Pichler neue Probleme, um auf der anderen Seite Dugende von Familienidolern brotlos zu machen.

Er beabsichtigt nämlich, das städt. Wasserwerk umzumodeln. Anstelle des Dampfbetriebes soll die elektrische Kraft treten!

Welche Bedeutung hat nun diese Modernisierung für uns Mannheimer? Zunächst kostet diese Kuriosum-Einrichtung für den Mannheimer Steuerzahler das nette Sümmchen von 80 bis 100 000 RM. Zweitens kommt dann noch hinzu, daß Dugende Arbeiter auf die Straße fliegen und der städtischen Fürsorge anheimfallen.

Die Belegschaft des Wasserwerkes erhebt jetzt schon mit erster Stimme gegen diese unnötige Einrichtung stammenden Protest. Und dieser Belegschaft werden wir Nationalsozialisten in Mannheim zur Seite treten und mit ihr den Kampf aufnehmen und dafür Sorge tragen, daß einem größeren wahnwitzigen Unternehmungsgeist Einhalt geboten wird. Mit dieser Belegschaft werden wir eine Front bilden und der Öffentlichkeit gegenüber zeigen, wer den ersten Willen hat, den Mannheimer Staat so tief wie möglich zu halten. Was gegenüber steht allerdings jener Geist des Marxismus, der den Steuerzahlern keine Verantwortung schuldig zu sein glaubt.

Herr Pichler tut selbst vor einiger Zeit den Ausspruch: „Die Maschinen im Wasserwerk sind in tabelloster Ordnung!“

Und jetzt kommt er plötzlich mit dem unerhörten Einfall, eben diese Maschinen, die „in tabelloster Ordnung sind“, herausreißen zu lassen, um dafür neue einzusetzen, die viele Menschen von der Arbeitsstelle treiben.

Er nennt sich Zentrumsmann, der Herr Pichler! Zentrum — Marxismus — Größenwahn — Katastrophe! Das ist die ungetrennt destruktive Einheit. Ihr laßt seitfamer Werke mancher verblendete Prolet noch nach!

Von der Ortskrankenkasse Seckenheim

Die Entrüstung packt jeden, wenn er hört, wie die Verwaltung der Ortskrankenkasse Mannheim mit den unerschwinglich hohen Beiträgen der Mitglieder arbeitet: Bis wann erscheint denn hier der Sparkommissar und legt mit eisernem Wesen gründlich aus? Am besten wäre es, wenn ein Diktator hier gründlich aufzuräumen würde! Aber möglichst bald, sonst geht uns noch in diesem Jahr vor lauter bezahlen die Luft aus! — Dieser Sturm, der bis in die Vororte hinaus fegt, trug uns den Rechnungsabschluss der Ortskrankenkasse Seckenheim für das Jahr 1930 auf unseren Reaktionstisch. Bei einem durchschnittlichen Mitgliederstand von 842 männlichen und 486 weiblichen Mitgliedern wurden RM 114 035,57 Beiträge kassiert! An Rücklagen werden in dem Vermögensnachweis RM 66 731,48 aufgeführt, die man anscheinend weiter steigern will, um dereinst vielleicht auch im Vorort Seckenheim einen

Weinheimer Brief

Zobfuchtsanfälle in der Redaktionsstube des „Roten Echo“

Weinheimer Arbeitsamt macht Stimmung für den Zwangsfeiertag!

In Weinheim erscheint unter Verantwortung des ehemaligen SPD-Stadtrats M a c h w i r t h ein Krampfblättchen der Weinheimer SPD, genannt: „Mittelungsblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands, Ortsgruppe Weinheim.“ Wir gehen aber nicht fehl, wenn wir behaupten, daß die Redaktionsstube dieses Blättchens im Nebenzimmer des „Feldischen Weinberg“ ihr Domizil hat. In der Folge 7 dieses Mittelungsblättchens schreibt ein sympathisierender Arbeiter der SPD einen Artikel: „Hakenkreuzjammer als Denunziant“. Wir bezweifeln, daß diese Ausschleimung aus der Feder eines sympathisierenden Genossen hervorgegangen ist. Man macht uns den Vorwurf, wir wollten die Weinheimer Antikriegsdemonstranten der republikanischen Justiz ausliefern. Wir haben anderes zu tun. Wir haben in Nr. 43 des „Hakenkreuz-Banner“ unter „Weinheimer Brief“ lediglich festgestellt, daß die Demonstranten von den Drahtziehern auf die Straße getrieben wurden, um dann bei Erscheinen der Polizei von ihnen im Stich gelassen zu werden. Wir stehen auch heute noch zu unseren Behauptungen und hätten zum mindesten erwartet, daß der Herr Stadtrat S e l b den Versuch gemacht hätte, sich gegen die ihn erhobenen Vorwürfe zu verteidigen. Es erübrigt sich auf die Frage Antwort zu erteilen, ob der Ortsgruppenführer K h l e r seine Getreuen zu einer verbotenen Demonstration auf die Straße bringen würde. Aus verschiedenen Gründen erübrigt sich das. Wir werden den Zeitpunkt erleben, an dem das deutsche Volk vor die Frage gestellt sein wird, ob es sich für den Nationalsozialismus oder für das Chaos des Bolschewismus entscheiden will. Wir vermuten, daß Herr S e l b dann seine Weinheimer Getreuen nicht mehr auf die Straße bringen wird. Vielleicht noch einmal; zum letzten Mal! Wir können das abwarten. So weit der Schrieb des „sympathisierenden Arbeiters“. Wenn nun zum Schluß der Herr Redakteur behauptet, wir Nationalsozialisten seien bei den Weinheimer Geschäftsleuten unten durch, so wollen wir uns hier nicht weiter streiten. Wir sind der Auffassung, daß ein großer

... auszuführen, wie ihn die „große Schwester“ in der Innenstadt baut. Ja, solche Phantasiebauten von an euer Leute ihrem sauerverdienten Geld, die reizen! —

Ist einmal der Bau da, muß auch der dazugehörige Direktor hinein; denn RM 10 942,88 Gehälter für drei — sage und schreibe „drei“ — Beamte sind in der heutigen Zeit der großen Gehälter doch viel zu gering bei dieser gewaltigen Arbeit, die täglich zu leisten ist, die aber u. E. der Lehrling, der RM 360,— jährlich erhält und der 2. Beamte allein bewältigen können. Natürlich kommen zu obiger Summe nochmals RM 2031,— sachliche Verwaltungskosten für Linte, Papier, Licht und Heizung. Als solch wichtige und große Kasse muß „man“ schließlich auch auf jeder Krankenkassentagung vertreten sein, sonst könnten am Ende die zahlenden Seckenheimer merken, daß der zukünftige Direktor überflüssig ist. Wenn „man“ wegen überzogener Geheißheit nicht einmal die Volksschule bis zur achten Klasse mitgemacht hat, dürfte eine Bezahlung, wie sie der zweite Beamte erhält, vollauf genügen. Aber der 1. Beamte erhält für seine „harte Arbeit“ mehr wie zwei Kergie zusammen! Hier muß Ordnung geschaffen werden; hier muß geparkt, abgebaut und dann gearbeitet werden. Eine solch kleine Kasse hätte mit einem Angestellten und einem Lehrling mehr wie genug Kräfte. Weg mit den Bonzen! Wir Seckenheimer verlangen vom Verwaltungsrat der allgemeinen Ortskrankenkasse hier raschen Abbau, größte Sparsamkeit, oder wir müssen deutlicher werden. dtg.

So sieht sie aus

Die „nationale Selbsthilfe“

50 Straßendamer entlassen!

Vor wenigen Tagen kamen bei der städtischen Straßendahn in Mannheim 50 Straßendamer zur Entlassung. Das ist die nächste Tatsache für Familienväter! Es ist klar, daß diese Maßnahme von dem Genossen Dr. Helmerich und seinen schwarz-roten Trabanten diktiert wurde. Der Vd. (Oberbürgermeister) hat damit als einer der ersten die neue Gemeindefürsorge erfüllt. Daher der Name Sozialdemokrat! Auf dem deutschen Stadttage spielte Herr Helmerich auch keine unwesentliche Rolle, weshalb anzunehmen ist, daß das nicht der letzte Anlaß zur strikten Durchführung der neuen Notverordnungen in Mannheim ist.

Wenn die SPD, noch einmal den geringsten Versuch der Verneinung oder Ablehnung der neuen Notverordnungen macht, so ist das eine gemeine Lüge und Heuchelei. Deutlicher wie hier bei der strikten Entlassung von 50 Straßendamer kann dies nicht mehr zum Ausdruck gebracht werden. Die Arbeiter und Angestellten der Gemeinden müssen hier deutlich erkennen, welchen Weg der SPD geht und welche Rolle die Sozialdemokraten bei den Gemeindefürsorge spielen. Gerade der sozialdemokratische Oberbürgermeister ist in Mannheim nicht schnell genug bei der Hand gewesen, die Leute einfach auf die Straße zu legen.

Das hindert zu einem großen Teil die städtischen Arbeiter und Angestellten nicht, trotz der rigorosesten Maßnahmen, der Partei der notorischen Heuchler, die die Interessen der Schaffenden überhaupt nicht vertritt, den Rücken zu kehren. Für die, welche jetzt noch nicht erfährt haben, daß sie auf Schritt und Tritt von den Sozialdemokraten betrogen werden, gilt der Satz: Nur die allerdümmsten Käber wählen ihren Negger selber! tronzj.

Teil der Interessenten im „Roten Echo“ nicht aus Sympathien für die SPD. Anzeigen aufgegeben hat. Sie werden wohl befürchten, daß ihnen bei passender Gelegenheit die Schaufenster eingeschlagen werden. Und das mit Recht! Wir haben es in Weinheim bereits erlebt, daß die Moschauer selbst vor den Fenstern der baltischen Staatsbürger jüdischen Glaubens nicht halt gemacht haben.

Der Reichslied mit dem alten guten Namen, der heute Dauerabonnent des „Roten Echo“ ist, kann ja ein Märlein davon erzählen. Also das Maul halb so voll nehmen. Es langt dann immer noch.

Das Weinheimer Arbeitsamt hat aus Anlaß des badischen Zwangsfeiertags, des 11. August, die an diesem Tage fälligen Auszahlungen der Unterführungen erst am 12. d. Mts. vorgenommen. Auf ein Eingekandt eines Erwerbslosen in den Weinheimer Tageszeitungen vom 7. 8. 1931 hat es sich damit herauszureden versucht, aus diesen und jenen Gründen sei eine Auszahlung vor dem 11. 8. nicht möglich. Man hat die Erwerbslosen gezwungen, über den 11. 8. 31 den Kleinen noch etwas enger zu schnallen. Bei anderen Arbeitsämtern des Landesarbeitsamts Süd-West sind die Auszahlungen am 10. 8. zum Teil schon am 4. 8. für den 11. August erfolgt. Wir stellen fest, daß das Direktorium des Weinheimer Arbeitsamts des sozialen Ruhms mangelt, den es bei seinen Untertanen haben sollte. Bei der aufgeschlagenen Weinheimer Verfassungskarte wären die Weinheimer Erwerbslosen vermutlich für 100 Prozent vertreten gewesen — aus Dankbarkeit für diese Beteiligung des Sozialismus in der Praxis!

Hohenjahren

Die Ortsgruppe Hohenjahren wurde am vergangenen Samstagabend im Lokal zum Löwen gegründet. Wir werden über diese Gründungsversammlung noch eingehend berichten.

Jacob bereut . . . !

In der letzten Bücherausstellung wurde die Verwaltung der Häuser, die mit städtischen Geldern erbaut wurden, der Heimathilfen Bau-Gesellschaft G. m. b. H. zur Verwaltung übergeben. Bekanntlich ist die Baugesellschaft ein marxistischer Betrieb und eben Bücher sollen nicht ganz in Ordnung sein. Doch das Uebel stellte sich bald heraus und ist genau so ungetroffen, wie wir Nationalsozialisten die Dinge vor uns sahen. In der kurzen Zeit, in der der Baugesellschaft die Verwaltung obliegt, machte sie sich derart unbeliebt, daß sich die Mieter andauernd beschwerden mußten. Wurde die Miete infolge der miserablen Wirtschaftslage nicht pünktlich abgeführt, drohte die Gesellschaft gleich mit Kündigungen. Heute ist es soweit, daß sich selbst die Herren der SPD, über die Zustände beklagen und der Herr Stadtrat Trumpscheller mußte zugeben, daß er bereut, damals zugestimmt zu haben. Zu spät!

Zeitschriften

„Die Deutsche Zukunft.“

Soeben erscheint Heft 3 der neuen ausgezeichneten Jugendzeitschrift der NSDAP, deren Bedeutung dadurch gekennzeichnet ist, daß einmal die 3 Reichsführer der nationalsoz. Jugendorganisationen sie gemeinsam herausgeben und daß zum zweiten „Die Deutsche Zukunft“ das einzige parteiamtlich anerkannte Jugendorgan der NSDAP ist. Das neue Heft bringt wieder eine ganze Reihe hervorragender Aufsätze, aus denen besonders der von dem Reichsführer des Schülerbundes Dr. von Kentein, der zugleich Wirtschaftreferent bei der Reichsparteileitung ist, über die sog. „Wirtschaftskatastrophe“ und der Aufsatz von Otto Keng über Marx und Lassalle hervorzuheben. Kentein geht mit Zentrum und Sozialdemokratie energisch ins Gericht, deren politisches Tun und Treiben schließlich den wirtschaftlichen Ruin herbeiführt.

Oberst H a j e l m a n n gibt einen eindringlichen Ueberblick über den europäischen Rüstungsstand, U. D r e s l e r bringt wieder seinen instruktiven Ueberblick über die außenpolitische Lage. Doch es würde zu weit führen, wollte man jeden einzelnen Beitrag dieses Heftes 3 unter die Lupe nehmen; nur seien noch das einleitende Bekenntnis „Die Front“ von dem bekannten Pressereferenten der Hitler-Jugend Hein Schlicht, sowie die Ausführungen über den 14. Deutschen Studententag und dessen historische Bedeutung von H. R. S c h o e l k o p f wenigstens erwähnt.

Alles in allem: Kein deutscher Junge, kein deutsches Mädchen, aber auch kein Nationalsozialist und Freund der Bewegung darf an diesen Heften vorbeigehen. Denn „Die Deutsche Zukunft“ spiegelt Art und Geminnung derer wieder, die Deutschlands Zukunft in Händen halten.

Für den, der es noch nicht weiß, sei gesagt, daß „Die Deutsche Zukunft“ monatlich erscheint, 40 Pfg. kostet und bei der Post (vierteljähr. RM 1,20) oder beim Verlag: Die Deutsche Zukunft, München 13, Schellingstraße 29 (Kreuzband vierteljähr. RM 1,40, Postcheckkonto München 19140) bezogen werden kann. Wo lest und verbreitet „Die Deutsche Zukunft“. Sie ist es wert.

Das Augustheft der „Nationalsozialistischen Monatshefte“, Verlag Frz. Ehrh. Nachl., München 2 N.D., Preis 80 Pfg., Herausgeber Adolf Hitler, ist dem Bauern, seiner Not und seiner Zukunft gewidmet. Die Kernfrage der Erneuerung Deutschlands, der Wiederaufstieg des Bauerntums, die Neugeburt eines echten bodenständigen Adels, die Verjüngung auf das allein Werte schaffende: die Verwurzelung im Heimatboden wird in wenigen Aufsätzen knapp und dennoch alles Wichtige sagend, behandelt.

Walter Darré umreißt in großen klaren Zügen das Wesentliche des Adels: „Adel . . . in Geschlechtern gezüchtetes Führertum“, und schildert den Verfall und die Ausschöpfung dieses Begriffes bis zu seiner Phrasierung in der heutigen Zeit. In der Adel nicht mehr mit Erbgut, Sehaftigkeit und landbesitzlicher Erbschaft gleichzusetzen ist. Darré weist den Weg in die Zukunft; nicht der Lie, die oft nur zu hohler Würde des Adelsprädikates werden im Dritten Reich Inhalt und Recht des neuen Adels kennzeichnen, sondern die, welche als freie Bauern und Herren politisches Können beweisen, sollen die Stammväter neuer Geschlechter, der neue Adel sein.

Zum Thema „Neuer Adel“ und „Bauer in Not“ widmet Baron Halera dem Reichsführer vom Stein einige Worte des Gedankens. Seine Ausführungen zeugen von einer klaren und weitschauenden Gesichtsauffassung, heben das Wesentliche deutlich hervor und verlebendigen uns die einzigartig große und seine Erscheinung S. eins. „Reich der Zeit“ und ein die maßlose Hege des Zentrums zurechtstellender Beitrag „Ist Hitler ein Christ?“ bringen vieles Interessante und Wissenswertes.

Besucht die Lesehalle!

P 3, 13a (Hinterhaus)

Film.

Universum: „Wie wieder Liebe“. Lang ist es her, daß wir Harry Liedtke gesehen haben, diesen vorbildlichen Liebhaber des Films. Und Lilian Harzen hat sich auch rar gemacht — wo stehen denn die beiden? Nun, sie hatten mit den Aufnahmen zu diesem neuesten Tonfilm der Ufa zu tun, der jetzt die Reize durch die deutschen Kinotheater angeht. Harry Liedtke als dollarreicher Lord und Hochstapler hat mit der Liebe noch gehabt und sich deshalb verschoren, mindestens fünf Jahre lang die Frauen in Abstand zu halten. Deswegen flüchtet er auf seine Nacht, zumal eine hohe Wette einen Bruch des eigenen Geldburses sehr kostspielig machen würde. Aber wie man so doch hat . . . fast sind die fünf Jahre um, da sieht die Mannschaft im Kanal eine tüchtige Portion blondes Glück auf — Lilian alias Gaby als kühne Schwimmerin muß die Hilfe der rauen Männer erbitten. Der Dollarlord kommt in schwerer Verdrängnis und würde ihr erliegen, wenn nicht sein geschäftstüchtiger Diener den Fang aus dem Meere in schweren Verdacht brächte. Die kühne Schwimmerin verlobt sich. Und der arme Lord läßt um sein schäbliches Erlebnis, wenn nicht . . . Aber wir wollen nichts auslaubern. Harry Liedtke spielt also den Mann des schwerwiegenden Glückes und zwar ist anzuerkennen, wie gut er sich für den Tonfilm eignet. Seine Partnerin spielt ihre Rolle mit viel Schwung und tänzerlicher Bewegtheit und einem gefunden Maß an Lebensfreude. Sie singt von Film zu Film immer besser. Alles in allem: ein Film für den, der in dieser Zeit noch lachen möchte. — Das Beiprogramm ist wie immer erstklassig.

Wir haben, da wie die C das Recht

Wir Fragen W zugunsten wir W

Wir gekannt, d Oberflächl aller Stim

Terror pa fahrungstru Eupen-Ma uns der S

seinen Loc eines: M

Wir h auch auf Heimatrech eine Meng den jeder i

Nach ihre Erleb wann und Endes das

durch die vertreten. Lage sein politisch

Her und ein ungesti sehenden 1

1935 Führer an führung stel abhängig v

herfchmanke nicht das mit ihm!

Wir den Bruder ein Novem

Section

Diensl verjan.milun ordnung.

Neulufhe

Sonnta Pg. Dr. Lin

Weinheim

Nächste Freitag, den

Erwerb

Sigung 19. August,

Erwerb

Die D Pögel- Hof gehend Ver im Bezirk

1935 Entscheidung

Saarland bleibt deutsch!

Wir haben schon der Dinge genug erlebt, die bewiesen haben, daß da, wo Macht, auch das Recht ist — und nicht, wie die Erfüllungsparteien immer noch zu behaupten wagen, das Recht da, wo es hingehöre.

Wir wissen heute wie stets zuvor, daß alle politischen Fragen nachfragen sind, und daß die Dinge nur dann zugunsten unseres Volkes gewendet werden können, wenn wir Macht sind.

Wir haben in unserer Geschichte eine Oberschlesische Frage gekannt, die mit dem Druck der Macht beantwortet wurde: Oberschlesien wurde zum Großteil polnisch, obwohl 70 Prozent aller Stimmen sich zu Deutschland bekannten, trotz maßlosem Terror polnischer Banden und ausländischer fremder Besatzungstruppen. Wir wissen um die Entscheidung, die in Eupen-Malmedy, in Nordschleswig, gefallen sind! Es ist uns der Weg über Locarno nach dem Haag bekannt, mit seinen Locarno- und Youngoverträgen. Überall fehlte uns eines: Macht!! Wehrlos und deshalb auch: Christlos!!

Wir haben uns unserer Wehr begeben und mußten logisch auch auf unser Brot verzichten lernen, verloren Heimat und Heimatrecht, Ehre und Ansehen! Aus einem Reichstaat machte eine Menge hingerichteter Menschheitsbeglückter einen Staat, den jeder dreierlei Köter ungestraft anküßeln darf und kann.

Auch die Saarfrage wird unter diesem Gesichtspunkte ihre Erledigung finden. Mag eine Abstimmung stattfinden wann und ausfallen wie sie will — entscheidend wird letzten Endes das sein, ob wir in der Lage sind, mit Macht unser

Schiebern bestohlen und von Parlamentspäpsten betrogen wird — dann weh' dir Saarvolk!

Unser Wille ist es, ein Volk hinter den Führer zu bringen! Nur so wird die Saarfrage zu unseren Gunsten entschieden und die Heimat wieder frei werden können. J. L.

Unter der Linde

Von Dr. G. Hadermann.

Die Linde ist der Baum des deutschen Volkes. Wohl ist die Linde Symbol der germanischen Urkraft, aber unzählige Eichen Wodans zerplitterten unter dem Anschlag jener Fanatiker, die bei der Einführung des Christentums unerlöschliche deutsche Werte maßlos vernichteten. Die Linde ist verbreitet im ganzen deutschen Land und zahlreiche Ortsnamen erinnern an sie. Keine Ansiedlung des Mittelalters ist ohne sie denkbar. Sie war das Schmuckstück der kleinsten Ritterburg, und in ihrem Schatten freuten sich Ritter und Knecht; sie ward gepflanzt auf dem Anger der Städte und Mittelpunkt des geselligen Lebens und Treibens, und sie fehlte nicht auf dem Dorfplatz und bildete auch hier den Sammelort für alt und jung zu ernster Beratung wie zu heiterem Tanz und Spiel. Aber die Linde war auch Zeuge des Blutbanns; unter ihnen sammelten sich die Schöffen des Gerichtes, und die alte Behmünde bei Dortmund weih von düsteren Gesichten.

Bei solchen Beziehungen ist es klar, daß die Linde auch in Sage und Dichtung ihren Platz hat. Siegfried erschlägt den Lindwurm unter einem Lindenbaum und stirbt selbst im Schatten eines solchen durch den Neuhäuferspeer Hagens; Ortnit und Alberich kämpfen unter der Linde, Parzival trifft die schöne Sigune mit ihrem toten Bräutigam im Schatten des deutschen Baumes, Tristan und Isolde haufen in der Minnegrotte, vor der drei fleißige Linden stehen, und eine Linde ragt bei dem Zauberbrunnen im Walde Brezilant. Auch der Minnegefang von Walther von der Vogelweide bis zu dem höfischen Spätmacher Reithart von Rauenthal verherrlicht gar oft den lieben Baum, ganz besonders aber hat er seinen Platz im Volkslied: Auf ihm singt der Vogel der Liebe, die Nachtigall, schmelzend und schluchzend seine Weisen; in seinem Schatten kosen und küssen sich „die Buhlen“, die Zwirge rauchen zu Trennungsweg und Wiedersehenslust, sie flüstern zu dem Edelkranz, der die Jugend zum Tanz lockt und raunen wehmütigen Abschiedsgruß auf Gräbern; auch auf Klopstocks, des Sängers der deutschen Eiche, letzter Ruhestätte steht ein Lindenbaum. Selbst die neue Dichtung freut sich des deutschen Baumes, der mancher Stimmung dient. Zu weit würden Einzelheiten führen; es mögen nur erwähnt werden Voß und Hölty, Goethe, der sehr oft seiner gedenkt, und Schiller, Hauff und Uhland, Kerner und Eichendorff, Chamisso, Geibel, Wih. Müller und Drewes, dessen schlichtes ergreifendes „Auf den Bergen die Burgen“ ausklingt:

Eine Linde im Winde,
Die wiegt sich und biegt sich
Kauscht schaurig und traurig,
Ich weih wohl, warum.

Auch der „Friedensbaum“ Luthers ist sie geworden, der gern in ihrem Schatten gepredigt, und an „Lutherlinden“ fehlt es in Deutschland nicht. Sie hat überhaupt noch sehr ehrwürdige Veteranen, wie die erwähnte Behmünde, die an 1000 Jahre zählen soll, die Lorstenfontäne in Schleien, von der aus der schwedische Heerführer die Belagerung Ologaus leitete, die Wallensteinlinden, die der Friedländer gepflanzt haben soll in Neuschloß in Böhmen, wo seine einzige Tochter — nicht die garie Schillerische Thekla, sondern eine robuste Elisabeth — mit einem Herrn von Raunig vermählt war, u.a. Die Linde des heiligen Corbinian bei Freising hat der Sturm i. A. 1880 gebrochen.

Wenn die Linden blühen, geht an schönen Abenden ein süßer Duft von ihnen aus und haucht Sommerwonne in Welt und Herz. Und das ist ein Segen, den der deutsche Baum noch immer spendet, der mit vertrauem, leisem Rauschen alle grüßt, die sich freuen — unter der Linde.

Gebet

Und ist der Wirrwarr noch so groß
In diesem Weltenweben,
Spinn ich auch einen Faden bloß,
Mein k eines, kurzes Leben;
So werd ich doch von Dir gelenkt
Und folge Deinem Triebe,
Wald o'enaus, daß ich ver'ehnt
Im Haß und in der Liebe.

Und tobt der Kampf auch noch so sehr
Am deutschen Wert und Glauben,
Und wil man nie auch ringsumher
Das Licht, die Hoffnung rauben;
So flirz ich doch, bevor ich mich
Er'gibe in dem Ringen;
Mein Gott, es ist ja doch für Dich,
Laß Hilters Werk gelingen.

S. P.

durch die Abstimmung des Volkes erworbenes Recht zu vertreten. Entscheidend wird sein, ob Deutschland in der Lage sein wird, einen Machtfaktor in die Tagespolitik des politischen Weltgeschehens zu werfen. Machtfaktoren sind nicht nur Heer und Kanonen, Gewehre und Tanks, Macht ist auch ein ungezügelter Wille, eine geballte Kraft von reinen erschreckenden Menschen, Macht ist ein Volk.

1935 wird also entscheiden, ob in Deutschland erstens Führer an der Spitze und zweitens ein Volk zu ihrer Verfügung stehen wird. Führer und Volk, keine Regierung, abhängig von Parteien und dahinter eine wogende hin- und herschwankende Masse! 1935 entscheidet über das Schicksal, nicht das Saarvolk allein, sondern das übrige Deutschland mit ihm!

Wird ein Novemberdeutschland noch den Bruder wider den Bruder, den Vater wider den Sohn hehen lassen, wird ein Novemberdeutschland sein, das von Lumpen genarrt, von

Paroleausgabe

Sektion Humboldt und Industriehafen

Dienstag, den 18. August, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal zum Paradies mit wichtiger Tagesordnung.

Versammlungen im Bezirk

Neulupheim

Sonntag, den 23. August: Öffentliche Versammlung mit Vg. Dr. Ringens-Heidelberg als Redner.

Weinheim

Nächster Sprechabend bei Ruhn zum grünen Laub am Freitag, den 21. August 1931.

Die Ortsgruppenleitung.

Erwerbslosen-Zelle Weinheim

Eihung der Vertrauensmänner am Mittwoch, den 19. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Weymann im SS-Zimmer. Der Zellenleiter.

Erwerbslosen-Zelle im Bezirk Weinheim

Die Ortsgruppenführer der Orte Hemsbach-Lautenschlag, Löhel, Hohen-, Großschafen und Leutershausen mel en umgehend Vertrauensleute zur Bildung der Erwerbslosenzellen im Bezirk Weinheim. Meldung erbeten an den

Bezirksfachberater für Erwerbslosenzellen des Bezirkes Weinheim
Anschrift: Grundelbachstraße 7, Weinheim.

Bekanntmachung

Achtung Parteigenossen!

Der Hilfskasse wurden vom 1. 1. 1931 bis heute über 3500 Schadensfälle

nemeldet. Die gewaltigen Summen, die für die Unterstützung der Verletzten ausgezahlt werden müssen, stehen aber nur dann zur Verfügung, wenn alle Parteimitglieder regelmäßig alimonatlich ihren Beitrag zur Hilfskasse bezahlen. Wer diesen Beitrag nicht bezahlt, ist nicht ge'ehrt, wenn ihm im Zusammenhang mit seiner Parteizugehörigkeit Unfälle zustoßen. Wer aber meint, daß er einer Unterstützung nicht bedürfte, dem muß entgegengehalten werden, daß er die Pflicht hat, durch seine Großen, seinen Beitrag, die Unterstützungen an die anderen verletzten Parteimitglieder mit zu ermöglichen. Einer für alle, alle für einen! Wer nicht zu bluten braucht, darf sich nicht auch noch um die Großen brühen!

Adolf Hitler hat festgestellt, daß die Beitragszahlung zur Hilfskasse Parteipflicht ist, er hat angeordnet, daß sämtliche Mitglieder der Partei, des Studentenbundes und der Hitler-Jugend alimonatlich den Beitrag für die Hilfskasse mit 30 Pfg. zahlen müssen. Von jedem Mitglied muß erwartet werden, daß es eingehend der Blatpfeiler der Kameraden dieser Anordnung des Führers nachkommt.

München, den 7. August 1931.

gez.: D o r m a n n.

Hinein in die S-A!

Lenz-Versammlungen

Vg. Lenz, M. d. R., spricht:

Dienstag, den 18. August: Rufum
Mittwoch, den 19. August: Kiel
Freitag, den 21. August: Offenbach
Samstag, den 22. August: Dretten.

Das deutsche Buch

„Der rote Krieg“. Mutter oder Genossin? von Hans Schemm, Reichsführer des NS-Lehrerbundes; NS-Kulturverlag Bagreuth, Brautigasse 2. Preis 85 Pfennige.

Hans Schemm legt sich in dieser Broschüre grundlegend und überzeugend mit dem Bolschewismus auseinander. Mit nächsterem aber erschreckendem Beweismaterial zeichnet er die Seelenpest des „reinen“ Marxismus und seiner philosophischen Grundlagen. Der Bolschewismus ohne Maske als Lebenszerstörer und Lebensverneiner, der dem unsichtbaren Gott Maschine und der Worthemle opfert, der alle Sittlichkeit leugnet, wird darin mit seinen grauenerregenden Folgen dargestellt. Die Fragen, Familie oder Kollektiv, Gott oder Teufel, Deutschtum oder Marxismus-Bolschewismus, werden von hoher sittlicher Worte aus geklärt und dem Leser werden die geistigen Waffen zu diesem Entscheidungshampf nahe gebracht. Möge die überaus instruktive und flüssig geschriebene Broschüre in tausend und abertausend Hände gelangen, und die Herzen aller aufrütteln für den Kampf der deutschen Familie und der deutschen Mutter gegen die bolschewistischen Vernichter von Volk und Vaterland.

Nicht warten, — wirken! von A. Philipp Morgan. Georg Müller-Verlag, München. Kart. 3.— RM, geb. 4.— RM.

Hier versucht ein Amerikaner sich mit der verwickelten Problematik der falschen deutschen Systempolitik auseinander zu setzen. Das Buch geht von der Voraussetzung aus, daß die gegenwärtige Republik ihre Mission erfüllt habe und daß nunmehr eine scharfe Wendung in der nationalen Politik eintreten müsse, wenn wirkliche Fortschritte für Deutschland erzielt werden sollen. Der amerikanische Autor, der Wert darauf legt, nicht mit dem Geldjuden Morgan verwechselt zu werden, fragt in diesem Buch, wer die Führerschaft übernehmen soll. Der Republik streitet er die Fähigkeit hierzu ab. Ihre Pumpwirtschaft habe das Land in größte Abhängigkeit gebracht. Er meint, daß wir nur wieder hochkommen können, wenn Deutschland von den Reparationen befreit wird und sich auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig machen kann. Der Amerikaner scheint einen Ausweg in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Rußland für die Errettung Deutschlands zu sehen, er meint aber, daß sich Schwierigkeiten ergeben werden, da der Kommunismus bei dem höheren Lebens- und Kulturstand der Deutschen keine Aussichten hat. — Er sieht die Rettung nur in einer nationalen Diktatur. „Der Weg für den neuen Kurs ist schon bereitet“. Die Nationalisten haben sich mit den Handlungen und Maßnahmen der republikanischen Machthaber nie identifiziert und haben infolgedessen keine Verantwortung übernommen, die Verpflichtungen der Republik zu erfüllen. Sie haben daher eine freiere Hand, zu tun, was sie wollen und die Maßnahmen durchzuführen, derer das Land bedarf. Die Nationalisten vertreten auch mehr den Geist des deutschen Volkes und sind in jeder Beziehung besser geeignet, die Interessen Deutschlands zu wahren. Den Mann, den Deutschland braucht, sehe ich als einen starken Mann der Tat. Einen, der nicht mit Politik herumspielt. Einen Mann von weitem Blick, großen Ideen und von eisernem Mut, unberührt von persönlichen oder Partei-Interessen, einen Mann, der weiß, was Deutschland braucht und die Einsicht und den Mut besitzt, es zu tun, einen Mann, der seine Pflicht kennt und suchlos und unparteiisch erfüllt. — Man hat nichts hinzuzufügen! Oder nur das eine: „Keine Verarmung unserer nationalen Ideen, die selbst das Ausland für unser bestes Heilmittel hält, mit dem Geiste, der seit 1918 bei uns herrscht. Eine klare Trennung ist erforderlich. Das sieht der neutrale Beobachter klarer als wir! Die historische Mission der Republik ist abgegan und damit die derjenigen, die im Dienste dieser Mission standen. Wo die Trennung so scharf von der Geschichte vorgezeichnet worden ist, kann man nicht aus einem Saulus zum Paulus werden. Das Buch ist lesenswert, obwohl es auch starke Spuren pazifistisch-demokratischer Einstellung enthält. Doch wer nichts mit der politischen Denkwelt eines Spielers zu tun hat, wird darüber zur Tagesordnung übergehen.

Kriegslied. Text von Emanuel Geibel; für 1 Singstimme mit Klavierbegleitung vertont von (SA-Mann) Hansj. Männel, Leipzig. (Verlag Theodor Heitert & Fritz jun., Leipzig S. 1. Preis RM 1.50.) Ist schon der Text Geibels an sich schungvoll und begeistert, von jenem preußisch-deutschen Häre, die uns Nationalsozialisten so weisensnah und eigen ist, so ist er durch die Vertonung von Hansjörg Männel erst recht zu einem von innerer Gut erfüllten, hinreißenden Liebes geworden, das auf jedem Deutschen Abend ebenso wie bei jeder bewußt deutschen Kunstdarbietung alle Herzen höher schlagen und für den deutschen Freiheitkampf begeistern wird. In unserer schlappen, pazifistischen Gegenwart sind solche Worte und Töne, die selbst wie leidhaftiges Erz erklingen, mehr denn je nötig als Ruf und Erlebung zur Häre und zum Kampfgeist, der allein unser Volk retten kann; möchten alle musk- und melodielliebenden Nationalsozialisten und SA-Leute dieses Lied unseres Kameraden Männel anschaffen und singen.

Werner Studentkowski, M. d. L.

Frauen, die Augen auf!

In der amtlichen Zeitschrift des Zentralkomitees der kommunistischen Jugendbewegung, „Die junge Garde“ (Nr. 10, 1926), ergeht an die russische Jugend folgender

Aufruf!

„Vermeide die Jungfrau — schmerzliche Frau er belastet allzusehr ihre Unschuld. Schummern e Zweifel schwellen ihre Brust. Bei der Prostituierten aber findest Du die Präzision und die Gewalt der Maschine . . .“

„ . . . Das ist die Stimme künftiger Jahrhunderte — der Triumphgesang der Industrie — der das Fallen der Liebesketten verkündet — die der mächtige Geist der Technik gerbrach . . .“

So sieht die kommunistische „Befreiung der Frau“ aus. Seelenloses, tierisches Atientum steht vor Europa. Schon längst leisten ihm der Jude, der Liberalismus und Marxismus Vorspanndienste. Gottlosigkeit und Unmoral dürfen sich im heutigen Deutschland austoben.

Frauen, wacht auf!

Es geht auch um Euch.

Schließt Euch mit uns zur A'eweche zusammen.

Werdet Nationalsozialistinnen!

